

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



**EHRENAMT UND FREIWILLIGES ENGAGEMENT
SPEKTRUM
BUCHTIPPS
VERANSTALTUNGEN**

6 | Oktober 2013

Ehrenamt und freiwilliges Engagement	
Freiwilligenarbeit in Österreich	4
Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement fördern	6
Ehrenamtliches Engagement beeinflusst das Weltbild Jugendlicher	12
Empfehlungen für Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement	14
Ehrenamt zwischen Ausbeutung und Emanzipation	17
Ehrenamt statt Sozialstaat?	20
Von der Freizeit- zur Dreizeitgesellschaft	22
Spektrum	
Lebensqualität und Sicherheit in den Städten	26
Vermögen der reichsten Haushalte größer als bisher bekannt	28
Buchtipps	32
Veranstaltungen	34

Impulsgeber statt Lückenbüßer

Der Begriff ist etwas veraltet, klingt ein wenig verstaubt: Daher spricht man neuerdings statt von Ehrenamt lieber von Freiwilligenarbeit oder bürgerschaftlichem Engagement, meint damit aber in etwa das Gleiche. Statistik Austria definiert Freiwilligenarbeit als „eine Leistung, die freiwillig und ohne Bezahlung für Personen außerhalb des eigenen Haushalts erbracht wird.“ Unterschieden wird dabei zwischen sozialem und politischem Ehrenamt sowie zwischen formellem Engagement in Vereinen und Institutionen und informellem Engagement, z.B. in der Nachbarschaftshilfe. In Österreich sind 44 Prozent der über 15-Jährigen in irgendeiner Form ehrenamtlich tätig, vornehmlich im Kulturbereich, dem Sport, im kirchlichen Bereich sowie bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. (vgl. Beitrag S. 4)

Der individuelle wie gesellschaftliche Nutzen freiwilligen Engagements ist weitgehend unbestritten: Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer sieht darin „eine unabdingbare Voraussetzung für ein

Fotografie mit sozialkritischem Impetus

Die österreichisch-britische Fotografin Edith Tudor-Hart (1908 - 1973), die in Österreichs Fotogeschichte unter ihrem Mädchennamen Edith Suschitzky bekannt ist, zählt zur Riege jener politisch engagierten Fotografinnen, die in der Zwischenkriegszeit mit sozialkritischem Impetus den politischen Entwicklungen begegneten.

Edith Suschitzky studierte am Bauhaus in Dessau und arbeitete um 1930 als Fotografin in Wien. 1933 flüchtete sie mit ihrem der kommunistischen Partei nahestehenden Mann nach Großbritannien. Dort entstanden brillante Sozialreportagen in den Londoner Slums und im walisischen Kohlenrevier, die heute zu den Hauptwerken der britischen Arbeiterfotografie zählen.

Die Ausstellung im Wien Museum am Karlsplatz ist die erste monografische Präsentation von Edith Tudor-Harts Werk. Neben Highlights der Zeit in England ist auch eine Auswahl ihrer frühen Wiener Bilder zu sehen.

Laufzeit bis 14. Jänner 2014

demokratisches System. Die Menschen engagieren sich und schauen nicht weg, mischen sich ein und übernehmen Mitverantwortung für die Gesellschaft.“ Einer deutschen Untersuchung zufolge beeinflusst insbesondere die Zusammenarbeit mit benachteiligten Personen das Weltbild Jugendlicher nachhaltig. Häufige Gespräche und Hilfe für sozial Schwächere erweitern ihren Erfahrungshorizont und sie beginnen, „die Welt mit den Augen von Bedürftigen zu sehen“ (Heinz Reinders). Freiwilligenarbeit kann zudem für manche eine Brücke ins Erwerbsleben darstellen. Generell ist die Integration in eine Institution oder Gruppe ein wesentliches Motiv, ehrenamtlich tätig zu werden. (vgl. Beiträge S. 6, S. 12)

Gisela Notz führt ins Treffen, dass ohne freiwilliges Engagement viele gesellschaftliche Bereiche, etwa der Umweltschutz, Teile der Kulturarbeit oder das System der sozialen Dienste, vermutlich zusammenbrechen würden und viele Bedürfnisse unversorgt blieben. Damit wird aber gleichzeitig auf die dem ehrenamtlichen Engagement - respektive dessen Propagierung - innewohnende Problematik verwiesen: Insbesondere in Zeiten knapper Kassen besteht die Gefahr, dass dadurch eine schleichende Aushöhlung sozialstaatlicher Leistungen vorangetrieben wird, indem versucht wird, immer mehr Bedarfe durch freiwillige - unbezahlte - Arbeit abzudecken. Eine zentrale Forderung ist daher, dass freiwilliges Engagement hauptamtliches nicht ersetzen oder verdrängen darf und insbesondere für Frauen Ehrenamt kein Ersatz für Erwerbsarbeit sein kann. (vgl. Beitrag S. 17)

Der deutsche Journalist Marco Gerbig-Fabel sieht das „große Potenzial des Ehrenamtes“ insofern weniger darin, Versorgungslücken zu schließen, als in seiner Funktion, solche für den Staat ausfindig zu machen. Als Beispiele hierfür führt er die Bereiche Drogenbekämpfung und Aids-Beratung an, wo zu Beginn ehrenamtlich gearbeitet wurde, ehe der Staat den Handlungsbedarf erkannte und selbst mit professionellen Kräften tätig wurde. (vgl. Beitrag S. 20) Werden derartige Impulse staatlicherseits jedoch ignoriert, besteht die Gefahr, dass freiwilliges Engagement auf seine Lückenbüßerfunktion reduziert und die notwendige Weiterentwicklung des Sozialsystems dadurch unterbleibt bzw. hintangestellt wird, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Freiwilligenarbeit in Österreich

Anderen Menschen zu helfen, etwas Sinnvolles zu tun, sich für eine bestimmte Sache zu engagieren – das sind die häufigsten Beweggründe, warum Menschen Freiwilligenarbeit leisten. Ehrenamtliches Engagement wird hierzulande großgeschrieben und ist seit dem „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerbeteiligung 2011“ noch stärker in den öffentlichen Blickpunkt gerückt.

Rund drei Millionen ÖsterreicherInnen, das sind 44 Prozent der über 15-Jährigen, arbeiten als Ehrenamtliche, d.h. sie sind ohne Bezahlung in ca. 100.000 gemeinnützigen Organisationen und Vereinen oder in der Nachbarschaftshilfe tätig. Das hat eine 2011 veröffentlichte Studie der FH-Salzburg ergeben. Damit liegt Österreich gemeinsam mit den Niederlanden, Schweden und Großbritannien im europäischen Spitzenfeld. Im EU-Durchschnitt liegt der Anteil ehrenamtlich Tätiger nur bei etwa 23 Prozent, so der Leiter des Zentrums für Zukunftsstudien an der FH-Salzburg, Reinhold Popp. In Deutschland und in der Schweiz beträgt der entsprechende Anteil jeweils rund ein Drittel.

720 Millionen Stunden investieren Österreichs Ehrenamtliche pro Jahr in unbezahlte Arbeit. Das entspricht der Arbeitsleistung von etwa 400.000 Vollzeitbeschäftigten und würde Jahres-Lohnkosten von mindestens 16 Milliarden Euro ausmachen. Viele Organisationen könnten deshalb ohne Freiwillige nicht überleben.

„In Österreich würde nichts mehr funktionieren, keinen einzigen Tag, wenn alle Menschen, die in Österreich freiwillig tätig sind, nicht mehr mit ihrer Arbeitsleistung, ihrem Einsatz und ihrer Begeisterung zur Verfügung stehen“, erklärte der Generalsekretär des Roten Kreuzes, Werner Kerschbaum, im Gespräch mit Ö1. Müssten die Ehrenamtlichen beim Roten Kreuz bezahlt werden, dann hätte dies im Jahr 2009 insgesamt 220 Millionen Euro gekostet, so Kerschbaum weiter. Man könne somit sagen, „dass die Freiwilligen ihre Zeit oder diesen Betrag der österreichischen Bevölkerung oder dem österreichischen Gesundheitswesen schenken“.

Höher Gebildete engagieren sich häufiger

Dass die EU das Jahr 2011 zum Jahr des Ehrenamts erkoren hatte, nahmen die Salzburger ForscherInnen zum Anlass, 1.000 Österreicher zu befragen, was sie vom Ehrenamt halten. Sie kamen zum Ergebnis, dass sich Menschen mit höherer Bildung deutlich häufiger ehrenamtlich engagieren als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. So beträgt die Freiwilligenquote bei Menschen mit Pflichtschulabschluss etwa 33 Prozent, bei Menschen mit Hochschulabschluss hingegen rund 54 Prozent.

Der bzw. die typische österreichische Ehrenamtliche kommt aus der Mittel- beziehungsweise Oberschicht, hat einen größeren Freundes- und Bekanntenkreis und ist sozial gut integriert. Besonders engagiert sind die 20- bis 24-Jährigen mit einem Anteil von ehrenamtlich Tätigen von 47 Prozent und die 40- bis 49-Jährigen mit einem beachtlichen 50 Prozent-Anteil. Ein deutlicher Trend bei jungen Menschen geht in Richtung zeitlich begrenzter Initiativen und Projekte sowie selbst organisierter Gruppen.

Davon abgesehen haben junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren in Österreich die Möglichkeit, ein sogenanntes „Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)“ zu absolvieren. Interessant ist dies vor allem für jene, die sich gerne sozial engagieren oder ausloten möchten, ob sie für einen sozialen Beruf geeignet sind. Viele nutzen dieses Jahr auch, um sich in Ruhe über ihre berufliche Zukunft klar zu werden. Die Einsatzbereiche sind vielfältig: von der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen, mit Kindern und Jugendlichen sowie alten Menschen bis zur Mitbetreuung von Flüchtlingen und Obdachlosen. Auch wenn sie der berufliche Weg nach dem Freiwilligen Sozialen Jahr letztendlich in eine andere Richtung führt, können die jungen TeilnehmerInnen von den Erfahrungen dieser Zeit profitieren.

Mehr Freiwillige am Land als in der Stadt

Nach Bundesländern gereiht ist in Sachen Ehrenamt Oberösterreich Spitzenreiter, vor Tirol, Niederösterreich und Vorarlberg. Im Mittelfeld liegen die Steiermark, Kärnten und das Burgenland, Schlusslichter sind Wien und Salzburg. Generell gibt es mehr Ehrenamtliche im ländlichen Raum als in den Städten. Am meisten Ehrenamtliche gibt es im Kunst- und Kulturbereich. Über eine halbe Million Menschen arbeiten hier freiwillig ohne Bezahlung. Auf Platz zwei steht der Sport, gefolgt von Freiwilligen, die sich kirchlich-religiös engagieren und rund 413.000 AktivistInnen bei der Katastrophenhilfe, bei Feuerwehren und Rettungsdiensten.

Auch sehr viele Berufstätige leisten freiwillige Arbeit – die in vielerlei Hinsicht bereichernd sein kann: Das Wissen, anderen Menschen zu helfen und auf diese Weise etwas „zurückzugeben“, bereitet vielen Freiwilligen ein gutes Gefühl und eine tiefe Zufriedenheit. Die neuen Kontakte und Anforderungen, die sich im Rahmen einer ehrenamtlichen Arbeit ergeben, erweitern nicht nur den persönlichen, sondern auch den beruflichen Horizont. Selbst wenn die Tätigkeit inhaltlich auf den ersten Blick nichts mit dem Brotberuf zu tun hat, so werden doch meist die im Berufsleben so häufig geforderten Soft Skills wie etwa Teamfähigkeit, Belastbarkeit oder die Fähigkeit, andere zu motivieren, trainiert.

Freiwilliges Engagement als gelebte Solidarität

Rotes-Kreuz-Generalsekretär Kerschbaum forderte im Ö1-Interview mehr Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit. Sein Vorschlag lautet, nach dem Vorbild von Geldspenden auch Zeitspenden steuerlich absetzbar zu machen und einen Teil dieser Zeit auch als Versicherungsjahre anzurechnen.

Die Volkshilfe fordert vor allem professionelle Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit. Anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamts am 5. Dezember betonte Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer die Wichtigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements: „Freiwilliges Engagement ist eine un-

Krise als Chance für das Ehrenamt

Welche neuen Formen der Freiwilligkeit das Engagement noch erhöhen und zu den aktuellen Lebensumständen vieler Menschen passen könnten, war Inhalt der Freiwilligenkonferenz, zu der das Rote Kreuz Niederösterreich im Dezember 2011 an die Donau-Universität Krems internationale ReferentInnen geladen hatte.

Angesichts der aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen und staatlichen Veränderungen werde man neue Formen ehrenamtlichen Engagements brauchen, zeigte sich der Soziologe Eckhard Priller vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung überzeugt: „Wir müssen uns überlegen, ob das bisherige Engagement noch ausreichend ist oder wir mehr Flexibilität schaffen müssen, sodass sich auch jemand mit weniger Zeit betätigen kann.“ In einer alternden Gesellschaft erhielten bestimmte Aufgaben in der Pflege und Betreuung einen höheren Stellenwert. „Das heißt: Wir brauchen dort mehr Freiwillige, wir brauchen dort auch völlig neue Qualifikationen. Das bedeutet, dass wir bestimmte Bereiche völlig umgestalten müssen,“ so Priller.

Insgesamt stellten der Berliner Soziologe und seine Kollegin Mareike Alscher einen Bedeutungszuwachs der Freiwilligkeit aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen fest. Die „Krise der Demokratie“ führe zum Beispiel zum Engagement als Beitrag zur politischen Kultur. Die „Krise

des Sozial- und Wohlfahrtsstaates“ verlagere die Bereitstellung kollektiver Güter oder sozialstaatlicher Leistungen zum Teil auf die Schultern freiwilliger HelferInnen und durch die Auflösung sozialer Netze wie der Familie gewinne das freiwillige Engagement Bedeutung als soziale Bindekraft in der Gesellschaft. Mit dem von zunehmender Mobilität geprägten Lebensstil jüngerer Menschen beobachten die Berliner SozialforscherInnen einen Trend zum „organisationslosen“ und lockeren Engagement.

Corporate Volunteering, d.h. die freiwillige Mitarbeit durch Angehörige von Unternehmen, stellte Barbara Furrer als neue Form der Freiwilligkeit im Schweizer Roten Kreuz vor. In Projekten wie „2xWeihnachten“ oder Sprachtreffs in größeren Städten engagieren sich MitarbeiterInnen von Großunternehmen seit 2006 für die Zivilgesellschaft. Furrer sieht im Corporate Volunteering „eine Chance für das Rote Kreuz“. Dieses sei ein Türöffner für langfristige Partnerschaften, führe nachweislich zu mehr Spenden und stärke die Freiwilligenbasis.

Neue Potentiale ortete der Ehrenamtbeauftragte des Deutschen Roten Kreuzes auch in etwa 14 Millionen Menschen in Deutschland, die grundsätzlich zum freiwilligen Engagement bereit wären. Laut einer Umfrage wollten diese mit ihrer Betätigung in erster Linie anderen Menschen helfen. 79 Prozent davon würden sich engagieren, wenn sie aktiv um ihre Mitarbeit gefragt werden.

abdingbare Voraussetzung für ein demokratisches System. Die Menschen engagieren sich und schauen nicht weg, mischen sich ein und übernehmen Mitverantwortung für die Gesellschaft. Ehrenamt bringt Mehrwert für alle.“ Wenn die Politik Freiwilligenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement ernsthaft fördern will, dann müsse es dafür noch bessere Rahmenbedingungen geben. „So sollten die Personalkosten von FreiwilligenkoordinatorInnen gefördert werden und Kosten für die Versicherung von Freiwilligen, für Supervision und Aus- und Weiterbildung refundiert werden“, fordert Weidenholzer.

Auch im Freiwilligengesetz gebe es noch Möglichkeiten, das Freiwillige Soziale Jahr (s.o.) attraktiver zu gestalten: Erweiterung der Einsatzfelder, zeitliche Flexibilisierung und Vergünstigungen für die TeilnehmerInnen am Freiwilligen Sozialen Jahr für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel führte der Volkshilfe-Präsident als drei wesentliche Punkte an.

Projekt „Sozialombudsleute“

Auch im eigenen Bereich war die Volkshilfe aktiv: Im Jahr 2010 rief die Sozialorganisation mit dem Projekt „Sozialombudsleute“ ein neues Ausbildungsprogramm für Ehrenamtliche ins Leben. „Menschen, die in einer Notlage sind, wissen oft nicht, welche Rechte ihnen zustehen und an wen sie sich wenden können. Unseren Sozialombudsfrauen und -männern ist es wichtig,

schnell und unbürokratisch mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen“, betonte Weidenholzer. In mehrtägigen Kursen werden die Ehrenamtlichen umfassend auf ihre Beratungstätigkeit vorbereitet. Zu den Lehrinhalten zählen rechtliche Grundlagen in der Sozialhilfe, Kenntnisse über die Institutionenlandschaft und Leistungen in Österreich, Diskriminierungssensibilisierung sowie Konfliktmanagement. Österreichweit sind derzeit 27 durch die Volkshilfe ausgebildete Sozialombudsfrauen und -männer im Einsatz.

Generell sei freiwilliges Engagement für eine soziale Dienstleistungsorganisation wie die Volkshilfe eine unverzichtbare Ergänzung zu hauptamtlichem Engagement: „Freiwilliges Engagement ist auch eine Form solidarischen Handelns, das gerade in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft in Zeiten der Krise immer wichtiger wird. Die Volkshilfe kämpft für eine gerechte und solidarische Gesellschaft und setzt sich mit der herrschenden Politik kritisch auseinander. Soziale Bewegung und sozialer Friede - beides lebt von freiwilligem Engagement“, betonte Weidenholzer abschließend. [hs]

Quellen: www.karrierefuehrer.at; Volkshilfe Österreich, OTS-Presseaussendung, 04.12.2012; derstandard.at, 05.01.2011; www.rotekreuz.at, 12.12.2011

Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement fördern

„servas valentin“ – mit diesem Titel ging man im Rahmen eines zweiseimstrigen Forschungspraktikums an der Fachhochschule OÖ, Campus Linz, ins Feld. Ziel war es, eine Grundlage für mögliche Strategieentwicklungen in Bezug auf Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung zu erarbeiten.

St. Valentin ist die westlichste Stadtgemeinde im Bundesland Niederösterreich. Auf einer Fläche von 45,58 km² leben 9.220 Menschen (Stand 2012). Damit ist St. Valentin nach der Bezirkshauptstadt Amstetten die zweitgrößte Stadt dieses Verwaltungsbezirkes.

Wirtschaftlich gilt die Stadt als einer der wichtigsten Standorte der österreichischen Maschinenindustrie – ausgezeichnet durch die günstige Lage zwischen Wien und Salzburg und die Nähe zu Linz, Steyr und Amstetten. Mehr als 300 Betriebe bieten über 2.500 Menschen einen Arbeitsplatz.

In sozialer Hinsicht bleibt St. Valentin allerdings von den „üblichen Entwicklungen“ städtischer Bereiche nicht verschont. Im Allgemeinen lässt sich eine Zunahme der sozialen und ethnischen Heterogenität ausmachen. Die erstgenannte Veränderung wird durch die wachsenden Einkommensunterschiede angetrieben, die zweitgenannte durch Internationalisierung und Migration. Die Stadt- und Wohnungspolitik verliert bei der Lösung der entstehenden sozialen Spannungen zunehmend an Einflussmöglichkeiten. Mit den öffentlichen Finanzierungsproblemen wird deutlich stärker auf Privatisierung und Liberalisierung

gesetzt. Zusätzlich hat St. Valentin die Heterogenität zwischen städtischen und ländlichen Gemeindeteilen zu managen. Bleibt die entstehende Ungleichheit un bearbeitet, drohen Verschlechterungen im Bereich der Wohn- und Lebensqualität. Bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital könnten dabei wertvolle Ressourcen zur Revitalisierung und Sicherung von Sozialräumen bieten (Olk 2004: 9).

Theoretische Schlüsselkonzepte hierzu liefern Putnam (1995) und Bourdieu (1983). Die unterschiedliche Herangehensweise dieser beiden Autoren sollte jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern es sollten die Stärken des jeweiligen Konzeptes genutzt werden. Putnams Sozialkapitalbegriff betont den „Kollektivgutcharakter“ und ist ein eher harmonisches Konzept. Er geht davon aus, dass Netzwerke von vornherein zu mehr Integration führen. Bourdieus Begriff des Sozialkapitals basiert auf einem ungleichheitstheoretischen Ansatz und beleuchtet die Wechselwirkungen mit anderen Kapitalarten (z.B. ökonomisch, kulturell, symbolisch). Dabei wird die Gefahr offenkundig, dass bereits ressourcenstarke Akteure und Akteurinnen sich stärker einbringen und folglich noch mehr Sozialkapital und damit Macht erhalten als schwache Bevölkerungsgruppen.

Die Vermehrung von Sozialkapital z.B. durch bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Kollektivgutcharakters (Putnam) führt zu „zivilen“ und „unzivilen“ Formen – d.h. die „reale Zivilgesellschaft“ ist keine heile, harmonische Welt, sondern man muss stets Aus- und Abgrenzungstendenzen erwarten. Insbesondere privilegierte Gruppen mit hohen organisatorischen und kommunikativen Kompetenzen werden Vorteile haben. Nachdem laut Bourdieu dieser Zugang durch das „Gesamtkapital“ bestimmt ist, müssen echte Bürger- und Bürgerinnenbeteiligungsformen auch eine Ressourcenverteilung miteinbeziehen, um schwache Gruppen ebenso zu Wort kommen zu lassen. Auch werden diese Gruppen ein niederschwelliges Angebot brauchen, um überhaupt in zivilgesellschaftliche Prozesse eintreten zu können (Olk 2004: 10ff).

Der vorliegende Beitrag soll eine erste Annäherung an diese Thematik bringen, indem die Bevölkerung von St. Valentin selbst zu Wort kommt und jene Anreize benennt, die Menschen brauchen, um zivilgesellschaftlich – im Speziellen ehrenamtlich bzw. freiwillig – tätig zu werden.

Pinl (2010) betont in diesem Zusammenhang den Wortsinn von „Ehrenamt“. Demnach ist es eine Amtstätigkeit, die ehrenhalber ausgeübt wird. Streng

genommen brauchen Ehrenämter daher einen institutionellen Rahmen, wie er durch Berufs- und Interessenverbände vorgegeben wird. Im Gegensatz dazu steht bei der Freiwilligenarbeit das schwach institutionalisierte, kaum wertgebundene und milieuunabhängige Engagement freier und spontaner Menschen im Vordergrund. Analytisch ließe sich die Freiwilligenarbeit noch in einen informellen Bereich (z.B. Nachbarschaftshilfe) und formellen Sektor (z.B. Vereinsarbeit) trennen. All diese idealtypischen Konstruktionen erscheinen für eine empirische Erhebung indes nur eingeschränkt brauchbar. Landläufig gelten Ehrenamt und freiwilliges Engagement als Synonyme. Diese Perspektive wird auch der Darstellung der folgenden Ergebnisse zugrunde gelegt.

Methode, Rücklauf, Demografie

Unter Miteinbeziehung der Ergebnisse einer qualitativen Vorstudie wurde ein 9-seitiger standardisierter Fragebogen entwickelt, welcher postalisch an 1.300 Personen in St. Valentin ausgesandt wurde. Die Stichprobe wurde zufällig aus der Grundgesamtheit der St. Valentiner Bevölkerung (ab 16 Jahren) gezogen,

Theodor Körner Preis

Der Theodor Körner Fonds wurde im Jahr 1953 anlässlich des 80. Geburtstages des damaligen Bundespräsidenten Theodor Körner gestiftet. Seitdem werden alljährlich herausragende Arbeiten aus Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet.

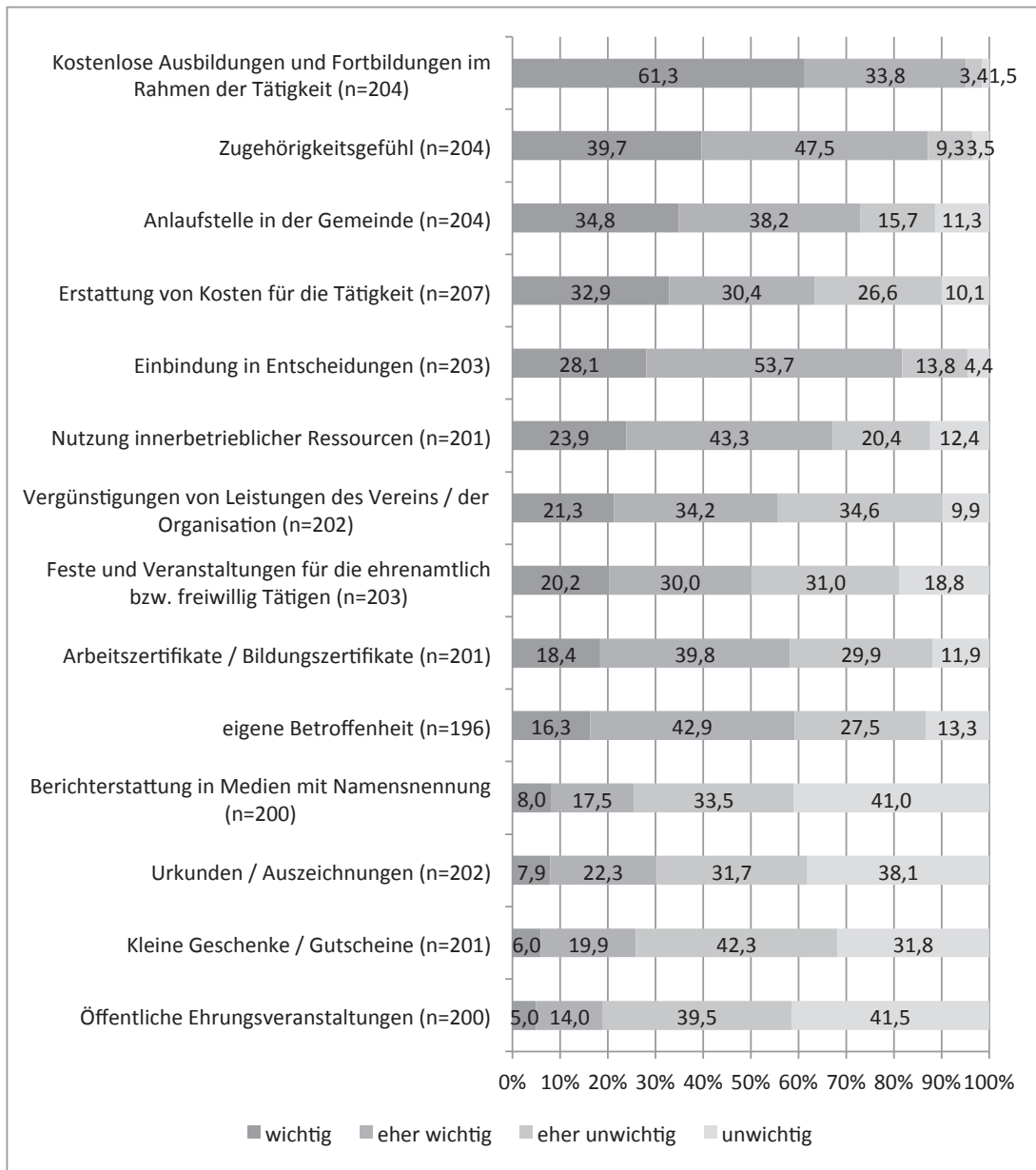
Die AntragstellerInnen dürfen nicht älter als 40 Jahre sind (ausgenommen sind BewerberInnen, aus dem zweiten Bildungsweg sowie aus dem Bereich der nicht akademischen Forschung).

Der Förderungspreis wird für „work in progress“ vergeben, das heißt, die eingereichte Arbeit darf noch nicht fertiggestellt sein. Ausschlaggebend ist ihre allgemeine wissenschaftliche bzw. künstlerische Qualität.

Die eingereichten Projekte beurteilt ein unabhängiger wissenschaftlicher Beirat. Die Höhe der Preise richtet sich nach den vorhandenen Geldmitteln und der Anzahl der eingereichten, förderungswürdigen Arbeiten.

Einreichungen sind bis 30. November 2013 möglich unter: www.theodorkoernerfonds.at/online-bewerbung/

Abbildung 1: Anreize und Interessen, die zur ehrenamtlichen Tätigkeit motivieren



indem nach der Ermittlung einer Startzahl jede 6. Person aus einer nach Alter geordneten Liste ausgewählt wurde. Die ausgefüllten Fragebögen konnten per mitgesandtem Rückkuvert entweder an die Gemeinde St. Valentin oder die Fachhochschule Campus Linz retourniert oder aber im Gemeindeamt persönlich abgegeben werden. Im Erhebungszeitraum vom 1. bis 22. Februar 2013 sind letztlich 216 verwertbare Fragebögen eingelangt, was einer bei postalischen Befragungen durchaus üblichen Rücklaufquote von 16,6 Prozent entspricht.

51,3 Prozent der Befragten sind weiblich und 49,6 Prozent männlich. Damit sind die Frauen gegenüber der Grundgesamtheit leicht überrepräsentiert. Das Durchschnittsalter in der Nettostichprobe liegt bei 49,2 Jahren, wobei im Vergleich zur Grundgesamtheit die unter 40-Jährigen etwas zu stark und demnach die über 40-Jährigen etwas zu schwach vertreten sind. Ein Drittel der Befragten wohnt im Zentrum von St. Valentin, zwei Drittel leben in den umliegenden Ortschaften.

Hinsichtlich der höchsten abgeschlossenen Ausbildung absolvierte ein knappes Drittel der Befragten (30,2%) eine Berufsschule mit Lehrabschluss. 20,8 Prozent haben die Matura abgelegt. In Schulausbildung befanden sich 1,4 Prozent, 12,3 Prozent haben einen Pflichtschul- und 11,8 Prozent einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss angegeben.

Hinsichtlich der aktuellen Berufssituation sind die unselbstständig Berufstätigen mit 41,1 Prozent die größte Gruppe, gefolgt von den Pensionisten und Pensionistinnen mit 29,4 Prozent. Der Anteil der Selbstständigen liegt bei 10,7 Prozent. Schüler, Schülerinnen und Lehrlinge sind mit 6,1 Prozent vertreten. Die restlichen 6,8 Prozent verteilen sich auf Karenz, Haushaltstätigkeit oder Arbeitslosigkeit.

36,7 Prozent der Befragten sind aktuell ehrenamtlich bzw. freiwillig tätig. 20 Prozent haben ihr Engagement beendet und 43,3 Prozent waren noch nie in dieser Hinsicht aktiv. Insgesamt haben also deutlich mehr als die Hälfte der Befragten Erfahrungen mit freiwilligem Engagement.

Mögliche Förderung bürgerschaftlichen Engagements aus Sicht der Befragten

Auf Basis von Motiven, von Hindernisgründen oder von biografischen Schlüsselerlebnissen können Strategien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements abgeleitet werden. Darüber wurde aber bereits in der Literatur vielfach berichtet (z.B. Czech/Hajji 2012; BMASK 2009). Auch kann hier auf den Forschungsbericht (Rami 2013) verwiesen werden. Der

vorliegende Beitrag soll primär Anreize für ehrenamtliches bzw. freiwilliges Engagement beschreiben, die die Befragten selbst ins Treffen führen.

Abbildung 1 gibt einen Überblick, was für die St. Valentiner Bürger und Bürgerinnen wichtig ist, um ihr Interesse an ehrenamtlichen bzw. freiwilligen Tätigkeiten zu steigern bzw. aufrechtzuerhalten. Als der mit Abstand wichtigste Anreiz ergibt sich die kostenlose Aus- und Fortbildung im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements (61,3%). Für vier von zehn Befragten ist das Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Gruppe oder Institution eine wichtige treibende Kraft. Immerhin noch von etwa jeder dritten Person werden eine geeignete Anlaufstelle in der Gemeinde, die Kostenerstattung und die Einbindung in Entscheidungen als wichtig beurteilt.

Die wichtigsten vier Motive werden im Folgenden über lineare Modelle unter Einbeziehung ausgewählter demografischer Variablen weiter analysiert. Die in Tabelle 1 ausgewiesenen standardisierten Beta-Koeffizienten decken namhafte Einflussgrößen auf.

In Bezug auf den Wunsch nach einer kostenlosen Ausbildung zeigt sich das Alter signifikant. Jüngeren ist dies deutlich wichtiger. Sie können das erworbene Wissen immerhin für die berufliche Karriereplanung gut nützen. Das Motiv „Zugehörigkeit“ wird signifikant von der Variable „Berufstätigkeit“ beeinflusst. Nicht Berufstätige wollen offensichtlich über die ehrenamtliche Tätigkeit verstärkt das Fehlen von sozialen Arbeitsbeziehungen ausgleichen. Eine Anlauf-

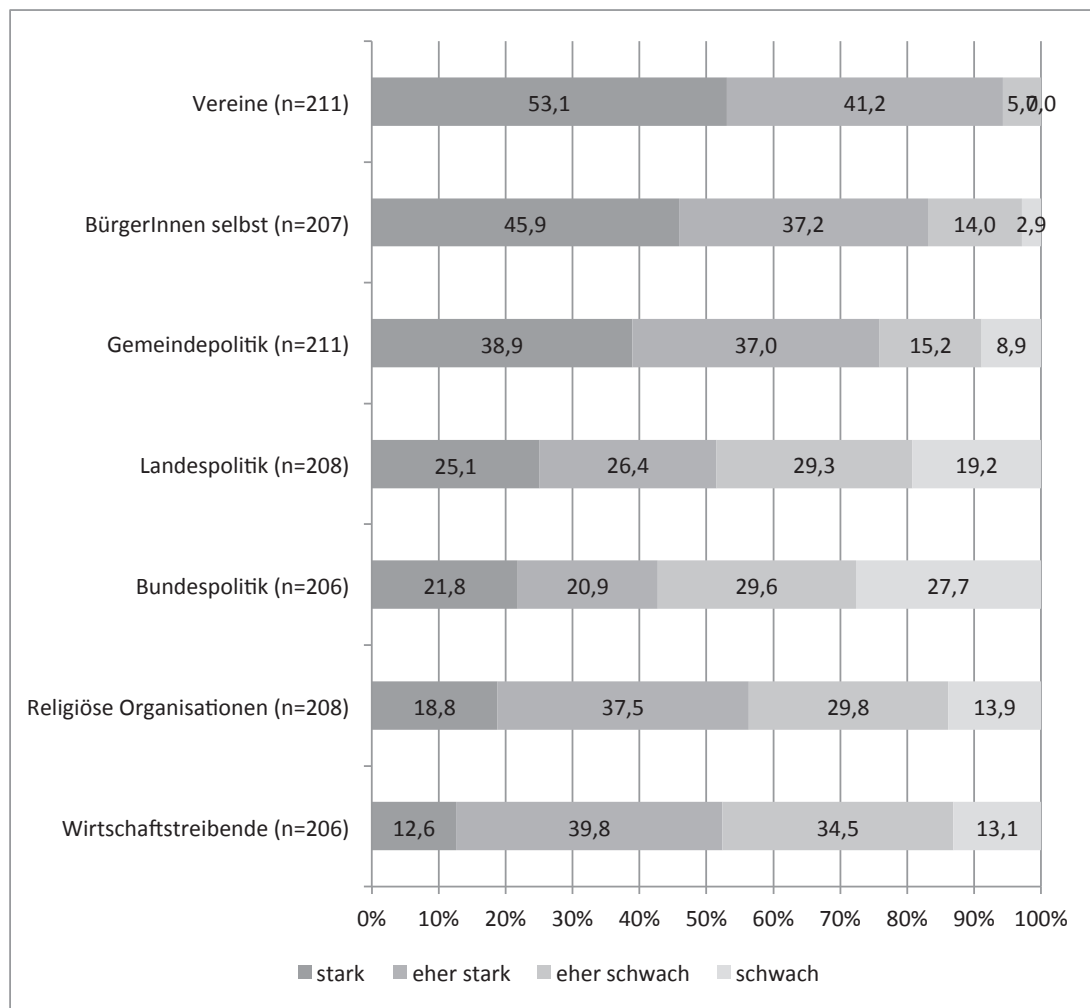
Tabelle 1: Korrelationskoeffizienten auf Basis von linearen Modellen zu wichtigen Anreizen

	kostenlose Ausbildungen und Fortbildungen	Zugehörigkeits- gefühl	Anlaufstelle in der Gemeinde	Erstattung von Kosten
	Standardisiertes Beta	Standardisiertes Beta	Standardisiertes Beta	Standardisiertes Beta
Geschlecht	-0,10	0,03	-0,14*	-0,07
Alter	0,16*	0,12	-0,16*	0,00
aufgewachsen - zugezogen	0,02	0,09	0,08	0,02
höchster Schulabschluss ¹	0,05	0,03	0,24**	-0,01
EA-Erfahrung	0,11	0,08	-0,03	-0,16*
Berufstätig	0,13	-0,17*	0,13	-0,07

1) Die Variable ist ordinal, sodass Beta und Signifikanz nur als Schätzwerte gelten.

Signifikanz: * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001

Abbildung 2: Zugeschriebene Zuständigkeit hinsichtlich freiwilligem Engagement



stelle auf der Gemeinde wird signifikant stärker von Frauen, älteren Menschen und geringer Gebildeten eingefordert. Frauen wird gemeinhin eine geringere Präsenz und damit „Routine“ im öffentlichen Raum zugesprochen. Vielleicht führt auch eine geringere Ausbildung zu Unsicherheiten, die „öffentliche Person“ entsprechend zu präsentieren, sodass eine Anlaufstelle einen gewissen Schutz verspricht. Für ältere Personen sind institutionalisierte Servicestellen und Ämter längst zum vertrauten Bestandteil des Lebensalltags geworden und werden in der Folge augenfällig bevorzugt. Jedenfalls kann bei allen drei Gruppen eine Informationsstelle in der Gemeinde Hemmschwellen überwinden helfen. Der viertwichtigste Faktor „Kostenrückerstattung“ ist nur für Personen ohne Ehrenamtserfahrung signifikant wichtiger. Offensichtlich verlieren allfällige finanzielle Aufwendungen an Bedeutung, wenn man erst mal gemeinnützig aktiv ist.

Die konkrete Tätigkeit vermittelt ideelle und soziale Vorteile, die den Aspekt „Geld“ relativieren. Für die „ehrenamtsunerfahrene“ Person ist hingegen das Finanzielle, das – im strengen Wortsinn – Kalkulierbarere entscheidend.

Zuständigkeit hinsichtlich der Förderung des Ehrenamtes aus Sicht der Befragten

Kurzum, die Zuständigkeit hinsichtlich der Förderung des Ehrenamtes und der freiwilligen Tätigkeit wird vor allem an lokalen Vereinen, der Kommunalpolitik und an den Bürgern und Bürgerinnen selbst festgemacht. Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse im Detail.

Die Zuständigkeit wird ganz klar auf lokaler Ebene bei den Bürgern und Bürgerinnen selbst, den Vereinen und der Gemeindepolitik gesehen. Diese Sichtweise stärkt sogenannte Bottom-up-Prozesse. Ehrenamtli-

che und freiwillige Tätigkeiten lassen sich kaum von „oben“ verordnen.

Schlussfolgerungen

Die Befragten betonen bei den Anreizen für ein bürgerschaftliches Engagement insbesondere eine kostenlose Fortbildung im Rahmen des Ehrenamtes, den Wunsch nach einem Zugehörigkeitsgefühl, Kostenrückerstattung und einer eigenen Anlaufstelle für Ehrenamtsangelegenheiten in der Gemeinde.

Mit einem Bildungsangebot können vor allem jüngere Menschen für ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten begeistert werden. Informationen zu Weiterbildungsmöglichkeiten sind allerdings oft nur vereinsintern verfügbar. Hier sollte entsprechend offensiv und persönlich auf die Jugend zugegangen werden. Das Weiterbildungsengagement der Vereine wird damit zum Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Nicht berufstätige Menschen wollen über ein Ehrenamt durchaus auch knappe soziale (Arbeits-)Beziehungen ausgleichen. Die Kunst liegt hier wohl gerade darin, diese Gruppe bei Alltagsaktivitäten, wie z.B. Einkauf oder Hobby, zu kontaktieren und ihnen bereits beim Erstgespräch ein „Gruppengefühl“ zu vermitteln.

Eine Anlaufstelle in der Gemeinde hilft vor allem Frauen, älteren Menschen und Personen mit einer geringeren Bildung, Eintrittshürden ins Ehrenamt zu reduzieren. Eine solche Kontaktstelle muss dabei sicherlich mehrere Eigenschaften erfüllen: Sie muss zentral liegen, personelle Ressourcen und Infrastruktur (Telefon, E-Mail, Homepage,...) zur Verfügung haben und sich mit geeigneten Informationsmedien ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen können. Das Gemeindeamt wird dies wohl am besten leisten können, vorausgesetzt es wird zu dieser Schnittstelle entwickelt. Ein „Ehrenamtsbeauftragter“, der entsprechende Kontakte zu Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen pflegt, könnte hier einen ersten Schritt setzen.

Die Erstattung von Kosten ist vor allem für Menschen ohne Ehrenamtserfahrung wichtig. Insbesondere bei institutionalisierten Formen des freiwilligen Engagements gehörten Aufwandspauschalen ohnehin zum „Grundrepertoire“. Bei der Rekrutierung von ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen scheint diese Problematik daher rein informationstechnisch lösbar. Es kann klar vermittelt werden, dass man keine finanziellen Verluste zu befürchten hat, sondern vor allem ideell und sozial gewinnen wird.

Insgesamt präsentiert sich das ehrenamtliche und freiwillige Engagement als ein Phänomen der gesell-

schaftlichen Basis. Aus Sicht der Bürger und Bürgerinnen wird der Landes- und Bundespolitik nur wenig Zuständigkeit zugestanden. Diese politischen Ebenen können (und sollen) daher (nur) ein allgemein günstiges Klima fürs Ehrenamt schaffen, indem etwa arbeitsrechtliche Bedingungen – man denke hier etwa an die jüngste Hochwasserkatastrophe – an die Erfordernisse ehrenamtlicher Tätigkeit angepasst werden. Bei der konkreten Rekrutierung sind hingegen primär die Vereine und allenfalls die Gemeindepolitik gefragt – und natürlich ganz besonders jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin, denn Ehrenamt und freiwilliges Engagement fördern die regionale Bindung (vgl. dazu Rami/Hunger 2011).

*Andreas Hunger, Ursula Rami
Institut für Soziologie, JKU Linz*

Literatur

- Czech, Gerald; Hajji, Assma (2012): Warum man sich das antut: Motivationsfaktoren für freiwilliges Engagement in Österreich. Eine Analyse anhand der Daten des Stimungsbarometers 2011. Österreichisches Rotes Kreuz BMASK: Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2009 [http://bmask2.cms.apa.at/cms/freiwilligenweb/attachments/9/4/3/CH1074/CMS1292589117805/freiwilligenbericht_letztf.3_\(2\)\[1\].pdf](http://bmask2.cms.apa.at/cms/freiwilligenweb/attachments/9/4/3/CH1074/CMS1292589117805/freiwilligenbericht_letztf.3_(2)[1].pdf) (Stand 17.7.2013)
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2, Göttingen, S. 183-198
- Olk, Thomas (2004): Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital – Ressourcen für sozialräumliche Revitalisierungsprozesse? <http://eundc.de/pdf/25002.pdf> (Stand 28.10.2012)
- Pinl, Claudia (2010): Neue Erfüllung – Neue Karriere. Wie sich Beruf und Öffentliches Engagement verbinden lassen. Möglichkeiten, Wege, Perspektiven, Regensburg
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York
- Putnam, Robert D. (1995): Tuning In, Tuning Out. The Strange Disappearance of Social Capital in America, Harvard
- Rami, Ursula (Hrsg.), (2013): servas valentin – Die Sozial-Ehrenamt-Ressource St. Valentins. Eine empirische Studie. Fachhochschule OÖ, Fakultät für Gesundheit und Soziales, Campus Linz
- Rami, Ursula / Hunger, Andreas (2011): Ehrenamt fördert regionale Bindung. In: Kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik, 6/2011, S. 9-13.

Ehrenamtliches Engagement beeinflusst das Weltbild Jugendlicher

Fast die Hälfte der 14- bis 15-Jährigen in Deutschland waren oder sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv. Wesentlich ist allerdings die Art des Engagements, wie eine Studie der Uni Würzburg zeigt. Denn nicht jeder Jugendliche hat das Gefühl, einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Manche Jugendliche organisieren Workshops zur politischen Bildung oder suchen Sponsoren für Hilfsprojekte zu Weihnachten. Andere betreuen Jugendgruppen bei den Pfadfindern oder helfen älteren Menschen beim Einkaufen. Die Bandbreite ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen in Deutschland ist groß. Knapp 45 Prozent der 14- bis 15-Jährigen waren oder sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv, wie eine bundesweite Studie zur gemeinnützigen Tätigkeit Heranwachsender der Universität Würzburg belegt. Ein Ergebnis, das selbst den Projektleiter, Professor Heinz Reinders vom Lehrstuhl Empirische Bildungsforschung, überrascht hat.

Befragt wurden 2.408 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 15 Jahren. Weibliche Jugendliche waren in der Stichprobe mit einem Anteil von 46,9 Prozent geringfügig unterrepräsentiert. Die Befragten waren SchülerInnen an Gymnasien (48,1%), Realschulen (26,3%) sowie Hauptschulen (20,4%) und besuchten im Befragungszeitraum (Oktober 2010 – Jänner 2011) jeweils die 8. bis 10. Klasse.

Bemerkenswert ist für die BildungsforscherInnen auch ein zweites Ergebnis ihrer Untersuchungen: Demnach beeinflusst die Zusammenarbeit mit bedürftigen und benachteiligten Personen das Weltbild Jugendlicher stärker als andere Formen des Engagements. So hilft etwa ein Drittel aller engagierten Jugendlichen in der Freizeit sozial benachteiligten Menschen wie SeniorInnen, MigrantInnen oder Menschen mit Behinderungen. „Im Vergleich zu Gleichaltrigen, die in ihrem Engagement keinen Umgang mit Hilfsbedürftigen haben, berichten diese Jugendlichen häufiger, dass sie einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten“, sagt Reinders. Immerhin 47 Prozent stimmten dieser

Aussage voll zu. Bei der Vergleichsgruppe waren es nur 33 Prozent.

Menschen direkt zu helfen stärkt das Selbstbewusstsein

Auch führt der direkte Umgang mit hilfsbedürftigen Personen der Studie zufolge stärker zu dem Gefühl, Menschen in Not helfen zu können. Gut zwei Drittel der befragten Mädchen und Buben teilen diese Einschätzung, wenn sie beim Ehrenamt persönlichen Kontakt haben. Diese Jugendlichen erleben sich als aktiv Handelnde, die einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Projektes leisten. Bei den Engagierten ohne direkten Umgang mit Hilfsbedürftigen stellt sich dieses Gefühl nur bei etwa einem Drittel der Befragten ein.

Häufige Gespräche und Hilfe für sozial Schwächere erweitern zudem den Erfahrungshorizont der Jugendlichen. Ebenfalls etwa zwei Drittel sagen, dass sie durch ihre gemeinnützige Tätigkeit neue Dinge erlebt und kennengelernt haben. Besteht ein solcher persönlicher Umgang mit Hilfsbedürftigen nicht, sinkt der Anteil auf knapp 50 Prozent.

„Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Jugendliche, die persönlichen Kontakt zu Hilfsbedürftigen haben, mehr Zeit für ihr Engagement aufwenden“, so Reinders. Zwischen zwölf und 15 Stunden im Monat sind sie im Durchschnitt im Einsatz. Bei den übrigen engagierten Jugendlichen sind es hingegen meist zwischen acht und elf Stunden.

Die Welt mit anderen Augen sehen

„Wir sehen an den Ergebnissen ganz deutlich, dass nicht jede Form von ehrenamtlichem Engagement die gleichen positiven Auswirkungen auf die Entwicklung von Jugendlichen hat“, erläutert die Psychologin Gabriela Christoph die Befunde. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt. Dabei stellte sie fest, dass zwischen Jugendlichen, die sich unter dem Dach einer gemeinnützigen Organisation ehrenamtlich engagieren, und solchen, die das außerhalb eines solchen Rahmens tun, sich der besagte Unterschied nicht zeigte. Die ForscherInnen führen dieses Ergebnis darauf zurück, dass eher die Art der Tätigkeit entscheidend ist und nicht, ob Jugendliche für eine Organisation tätig sind.

„Die Welt mit den Augen von Bedürftigen sehen“, nennt das Reinders. „Wer als Jugendlicher sieht, wie schwierig der Alltag für alte Menschen ist oder welche Barrieren sich Rollstuhlfahrern in den Weg stellen, der denkt schon mal darüber nach, was soziale Gerechtigkeit bedeutet.“ Solche intensiven Erfahrun-



Jugendliche, die in einer Organisation wie Kirche, Jugendfeuerwehr oder Sportverein aktiv sind, dies in der Regel über einen längeren Zeitraum hinweg. Foto: Daniel Rennen, pixelio.de

gen seien eben nicht daran gebunden, ob eine Organisation dahinter stecke, sondern daran, welche neuen Lebenswelten Jugendliche durch ihr Engagement kennen lernen.

Bindung an Organisation für langfristiges Engagement wichtig

Immerhin zeigt die Studie, dass die Bindung an eine Organisation wichtig für ein langfristiges Engagement ist. So sind Jugendliche, die in einer Organisation wie

Kirche, Jugendfeuerwehr oder Sportverein aktiv sind, dies in der Regel über einen längeren Zeitraum hinweg. Jugendliche mit ehrenamtlichen Tätigkeiten außerhalb einer Organisation können zumeist auf ein maximal zweijähriges Engagement zurückblicken.

Die BildungsforscherInnen schließen aus den Ergebnissen, dass es weniger darauf ankommt, ob Jugendliche sich eigeninitiativ betätigen oder Mithelfende in einer Organisation sind. „Jugendliche erleben ihr Engagement vor allem dann als sinnstiftend, wenn sie Menschen unmittelbar helfen können“, kommentiert Reinders die Befunde. Dies vermittele ihnen das wichtige Gefühl, sich aktiv zum Wohle anderer einsetzen und etwas

durch ihr Handeln verändern zu können. Diese positiven Erfahrungen motivieren Jugendliche dann wiederum auch in Zukunft, ehrenamtlich aktiv zu sein, vermuten die AutorInnen der Studie. Daher sei es wichtig für caritative Institutionen, Jugendlichen Erfahrungen des aktiven Helfens zu ermöglichen.

Quelle: Pressemitteilung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Gunnar Bartsch), 01.12.2011

60 Jahre Bandgesellschaft

Dieses Jahr feiert die Bandgesellschaft, eine der ältesten gemeinnützigen Organisationen für Menschen mit Behinderung in Wien, ihr 60-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wird am 3. Dezember, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, im Wiener Rathaus ein Festakt abgehalten. Unter dem Motto „Das Band, das uns verbindet“ steht dabei neben einem Rückblick auf die letzten 60 Jahre eine Ausstellung mit Zeichnungen und Fotografien von KlientInnen der Bandgesellschaft auf dem Programm.

Am 4. Dezember veranstaltet die Bandgesellschaft im Gartenhotel Altmansdorf ein wissenschaftliches Symposium mit dem Titel „Aufbruch/ Ausbruch - Baustellen der Gleichstellung“. Nach Plenarreferaten zum Auftakt können die TeilnehmerInnen aus Workshops zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten wählen. Den Abschluss bildet eine Podiumsdiskussion, u.a. mit Behindertenanwalt Erwin Buchinger, dem Sozialwissenschaftler Nikolaus Dimmel und dem Geschäftsführer der Bandgesellschaft, Tom Schmid.

Anmeldung unter: symposium@band.at

Empfehlungen für Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement

Menschen, die sich freiwillig im Sozialbereich engagieren, stellen ihre Zeit und ihr Können unentgeltlich zur Verfügung. Dieses Engagement ist zwar kostenlos, aber keineswegs selbstverständlich. Da viele Organisationen – wie auch die Gesellschaft insgesamt – davon profitieren, sind sie angehalten, adäquate Rahmenbedingungen für den Einsatz ehrenamtlicher MitarbeiterInnen sicherzustellen.

Es gibt verschiedene Definitionen für Freiwilligenarbeit. Das oberösterreichische Landesfreiwilligenzentrum ULF definiert Freiwilligenarbeit unter Rekurs auf Statistik Austria als „eine Leistung, die freiwillig und ohne Bezahlung für Personen außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht wird“. „Freiwillig“ meint dabei ohne gesetzliche Verpflichtung – aus freiem Willen. Freiwilligenarbeit ist deshalb von anderen unbezahlten Tätigkeiten, z.B. Zivildienst, zu unterscheiden. „Ohne Bezahlung“ bedeutet, dass diese Leistung unentgeltlich erbracht wird, Aufwandsentschädigungen (z.B. für Telefon- oder Reisekosten) sind jedoch zulässig und werden in der Regel auch gewährt. „Außerhalb des eigenen Haushalts“ heißt, dass die Leistung zum Nutzen des Gemeinwesens bzw. anderer haushaltsfremder Personen erbracht wird. Demnach sind Haus- und Familienarbeit oder die bloße Mitgliedschaft in einem Verein nicht einzubeziehen.

Synonyme für Freiwilligenarbeit sind u.a. Ehrenamt, freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement oder freiwillige Mitarbeit. Üblicherweise versteht man darunter formelle Freiwilligenarbeit als Engagement im Rahmen einer Organisation oder eines Vereins. Informelle Freiwilligenarbeit erfolgt hingegen ohne institutionellen Rahmen und wird oft als „Nachbarschaftshilfe“ bezeichnet.

Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Freiwilligen

Um freiwilliges Engagement zu fördern, neue Freiwillige zu gewinnen und freiwillige MitarbeiterInnen über einen längeren Zeitraum in eine Organisation

einzubinden, bedarf es guter Rahmenbedingungen. Auch wenn Freiwilligenarbeit nicht den Kriterien eines „normalen“ Arbeitsverhältnisses entspricht, erachtet das Freiwilligenzentrum ULF dennoch gewisse Richtlinien für erforderlich, um das Gelingen und die Qualität der Zusammenarbeit sicherzustellen. Von der Interessensgemeinschaft Freiwilligenzentren Österreich (IGFÖ) wurden entsprechende – nachstehend näher ausgeführte – Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien definiert, die Organisationen als Unterstützung und Anregung dienen können, um die Tätigkeitsbereiche der Freiwilligen attraktiv und effizient zu gestalten:

- Um Menschen zu finden, die ihre Zeit und ihre Fähigkeiten kostenlos zur Verfügung stellen, bedarf es einiger Überzeugungsarbeit. Die Angebote müssen die Bedürfnisse der Freiwilligen ansprechen und ihnen anstelle eines materiellen Lohnes einen ideellen Gewinn versprechen. Die wenigsten Freiwilligen bieten ihre Dienste aus Pflichtgefühl an. Viele von ihnen möchten vielmehr neue Erfahrungen machen, Verantwortung übernehmen und aktiv an der Organisationsentwicklung teilnehmen. Eine attraktive Aufgabengestaltung, die auch Spaß machen kann und deren Sinn klar erkennbar ist, sollte deshalb beachtet werden.
- Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Freiwilligen sind transparente Organisationsstrukturen und die genaue Festlegung der zu erfüllenden Aufgaben inklusive der Festlegung der Kompetenzen. Der IGFÖ zufolge ist es sinnvoll, fixe Arbeitszeiten festzulegen und diese entsprechend zu dokumentieren. Eine genaue Arbeitsbeschreibung schützt beide Seiten vor Missverständnissen und Überforderung und wirkt einer allfälligen Unklarheit über den eigenen Aufgabenbereich entgegen.
- Ein guter Einstieg in die freiwillige Tätigkeit wird durch eine Einarbeitungsphase unterstützt. Freiwillige können sich so unverbindlich Arbeitsbereiche ansehen und feststellen, ob diese ihren Vorstellungen und Fähigkeiten entsprechen. Die IGFÖ empfiehlt, zu Beginn der Arbeit eine Probezeit zu vereinbaren, nach deren Ablauf beide Seiten entscheiden können, ob sie miteinander weiterarbeiten möchten.
- Um bei Problemen nicht allein dazustehen, benötigen die Freiwilligen eine feste Ansprechperson, die mit allen Belangen der Freiwilligenarbeit in der Organisation vertraut ist. Neben dieser Begleitung

sollten regelmäßige Gespräche mit anderen Freiwilligen angeboten werden. Wenn die Möglichkeit vorhanden ist, sollte den Freiwilligen in bestimmten Einsatzgebieten bei Bedarf auch Supervision angeboten werden.

- Schon zu Beginn sollte besprochen werden, welchen Verantwortungsgrad die Freiwilligen übernehmen können, inwieweit sie selbst Entscheidungen treffen möchten und dürfen. Außerdem sollte auch die Möglichkeit der Mitbestimmung und der Umsetzung eigener Vorstellungen geregelt werden.
- Damit den Freiwilligen ihr unentgeltliches Engagement keine zusätzlichen Kosten verursacht, sollte sichergestellt werden, dass die zur Erledigung der Arbeit notwendigen Kosten (z.B. Material-, Fahrt- und Portokosten) von der Organisation übernommen werden.
- Um die Organisation und die Freiwilligen zu schützen, sollte auf ausreichenden Versicherungsschutz geachtet werden. Eine Haftpflichtversicherung der Organisation sollte auch für alle Schäden aufkommen, die durch Freiwillige während der Arbeitszeit entstehen. Die IGFÖ empfiehlt zudem, eine Unfallversicherung für die Freiwilligen abzuschließen.
- Um qualitative Standards einer Einrichtung zu halten und zu verbessern, ist die Weiterbildung der MitarbeiterInnen unumgänglich. Die Freiwilligen sollten hier auf alle Fälle mit berücksichtigt werden, zumal die Fortbildungsangebote dazu beitragen, dass sie sich als MitarbeiterInnen ernstgenommen fühlen.
- Eine Besonderheit der freiwilligen Tätigkeit ist, dass sie jederzeit beendet werden kann. Dennoch sollte gleich zu Beginn ein Modus vereinbart werden, der einen gleitenden und reibungslosen Ausstieg ermöglicht.
- Den Freiwilligen sollte ein Nachweis über die erbrachte Arbeitszeit, die Art der Tätigkeit und über besuchte Fortbildungen ausgestellt werden, da ausgeübte freiwillige Tätigkeiten z.B. bei zukünftigen Bewerbungen von großem Nutzen sein können.
- Die unentgeltlichen Dienste der Freiwilligen sollen nicht nur stillschweigend als Geschenk entgegengenommen werden, auch Anerkennung hierfür soll – in welcher Form auch immer – gezeigt werden.
- Neben den postulierten Rechten der freiwilligen MitarbeiterInnen gibt es auch „Pflichten“, die klar geregelt sein müssen. So verpflichten sich freiwilli-

ge MitarbeiterInnen ebenso wie bezahlte MitarbeiterInnen zur Verschwiegenheit, die alle Informationen, die sie im Rahmen der freiwilligen Tätigkeit erfahren, umfasst; weiters dazu, im Interesse der Organisation mit der nötigen Sorgfalt zu handeln und die vereinbarten Abmachungen einzuhalten. Die IGFP empfiehlt, diese Rechte und Pflichten in einer Einsatzvereinbarung schriftlich festzuhalten.

Rechtliche Situation ehrenamtlicher Tätigkeit

Der letztgenannte Punkt verweist auf die arbeitsrechtliche Situation, die für freiwillige MitarbeiterInnen bzw. all diejenigen, die ehrenamtlich tätig werden wollen, naturgemäß von großem Interesse ist. Diese ist allerdings der steiermärkischen Plattform „Wir für uns“ zufolge nicht leicht zu durchschauen. Man könnte auch sagen, dass sich freiwillig Tätige gewissermaßen in einer „arbeitsrechtlichen Grauzone“ befinden. Mit dem „Leitfaden ehrenamtlicher Tätigkeit“, dessen Hinweise im Folgenden in komprimierter Form wiedergegeben werden, haben die Grazer Arbeitsrechtlerinnen Katharina Urleb und Charlotte Reiff für die Plattform den Versuch unternommen, die wichtigsten arbeitsrechtlichen Fragen zu beantworten:

(Nicht-)Vorliegen eines Dienstverhältnisses

Obwohl es derzeit an eindeutigen Abgrenzungskriterien fehlt, ist bei Überwiegen folgender Merkmale von ehrenamtlicher Tätigkeit auszugehen: dem Willen, freiwillig tätig zu werden, dem Fehlen einer arbeitsvertraglichen Bindung an den Beschäftigten, aus der eine allfällige Verpflichtung zur Dienstleistung entstünde, sowie Unentgeltlichkeit. Auch wenn Aufwandsentschädigungen gewährt werden, die dazu dienen, bestimmte aus dem Ehrenamt entstehende Nachteile auszugleichen, liegt kein Dienstverhältnis vor.

Auf die Frage, ob jemand als Ehrenamtliche/r oder ArbeitnehmerIn beschäftigt ist, kann laut Plattform „Wir für uns“ keine pauschale Antwort gegeben werden. Ein Arbeitsvertrag ist grundsätzlich immer dann gegeben, wenn sich eine Person einer anderen zur Arbeitsleistung verpflichtet. Im konkreten Einzelfall müsse anhand verschiedener Kriterien geprüft werden, ob ein Arbeitsverhältnis besteht. Diese sind z.B.:

- Persönliche Abhängigkeit (Weisungsrecht des Arbeitgebers)
- Persönliche Leistungspflicht
- Nicht auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Arbeit (Dauerschuldverhältnis)
- Bereitstellung der Arbeitsmittel durch den Arbeitgeber

- Wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers
- Einbindung in den organisatorischen Aufbau des Betriebes

Den Plattform-Juristinnen zufolge müssen nicht alle Kriterien vorliegen, das Überwiegen reicht. Der Arbeitsvertrag kann schriftlich oder mündlich abgeschlossen werden, aber auch ohne die Äußerung eines bzw. beider Beteiligten zustande kommen, wenn eine/r arbeitet und der/die andere diese Arbeit annimmt. Da eine pauschale Feststellung der Arbeitnehmereigenschaft nicht möglich ist, empfehlen die Grazer Juristinnen den Betroffenen, sich im Vorfeld bei ihrer zuständigen Arbeitnehmerinteressenvertretung (z.B. Arbeiterkammer) zu informieren.

Fragen, die sich aus der jeweiligen Beschäftigung ergeben (wie z.B. Urlaub, Arbeitszeit, Entlohnung, Arbeitsmittel, Weisungen, Nebentätigkeit, Vertretung, Beendigung, Arbeitsort, Aufwandsentschädigung etc.), müssen mit der beschäftigenden Organisation – am besten ex ante – abgeklärt werden.

Versicherungsschutz

Da die ehrenamtliche Tätigkeit kein Arbeitsverhältnis begründet, sind freiwillige MitarbeiterInnen grundsätzlich nicht pflichtversichert. Ausnahmen im Bereich der Unfallversicherung gibt es aber z.B. bei Blaulichtorganisationen (Rettung, Feuerwehr, ...). Unterliegt man als Ehrenamtliche/r nicht der Pflichtversicherung, bleibt die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung. Auch hier empfiehlt es sich, im Vorhinein mit der Organisation abzuklären, ob eine Versicherung abgeschlossen wird und wer die Kosten hierfür übernimmt.

Für einige ehrenamtliche Tätigkeiten besteht ein beschränkter Unfallversicherungsschutz, bei dem bestimmte Unfälle Arbeitsunfällen gleichgestellt werden. Damit haben die ehrenamtlich Tätigen beispielsweise Anspruch auf Behandlung und Rehabilitation. Eine solche Regelung ist jedoch die absolute Ausnahme und besteht zum Beispiel bei den Blaulichtorganisationen.

Wurde eine private Versicherung abgeschlossen, ist diese auf jeden Fall zu kontaktieren. Je nach Versicherungsvertrag können die aus dem Unfall entstehenden Kosten bis zu 100 Prozent übernommen werden. Wer weder einer gesetzlichen Pflichtversicherung noch einer privaten Versicherung unterliegt, befindet sie sich in einer versicherungsfreien Zone. Ein Unfall im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit ist dann einem Freizeitunfall gleichzusetzen. Wurde der Unfall durch eine

dritte Person verschuldet, ist es unter Umständen möglich, diese zur Kostentragung heranzuziehen. Auch hier gilt: Man sollte bereits vor Aufnahme der ehrenamtlichen Tätigkeit mit der beschäftigenden Organisation abklären, was bei einem Unfall passiert, und ob man sich unter Umständen selbst versichern muss.

Haftung für Schäden

Grundsätzlich haftet man immer für sein eigenes Verhalten, unter spezifischen Voraussetzungen kann die beschäftigende Organisation stattdessen haften. Wenn jemand von der beschäftigenden Organisation beauftragt wird, bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten auszuführen und es im Rahmen dieser Tätigkeit zu einem Schaden kommt, haftet dafür möglicherweise die Organisation. Eine ausdrückliche Regelung findet sich dazu beispielsweise bei ehrenamtlich tätigen HospizbegleiterInnen.

Bei diesen Fällen der Haftung kommt es neben anderen Kriterien sehr auf die Beauftragung an. Es ist daher immer eine Beurteilung im Einzelfall notwendig, pauschale Einschätzungen sind nicht möglich, betonen die Grazer Juristinnen.

Die beschäftigende Organisation kann ebenfalls zur Haftung für Schäden, die aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit verursacht werden, herangezogen werden, wenn sie den/die Betreffende/n für Tätigkeiten einsetzt, für die er/sie offensichtlich nicht geeignet ist. Diese Haftung ist auf bestimmte Situationen beschränkt, wie im Leitfaden an zwei Beispielen veranschaulicht wird:

- Weiß der Beschäftiger, dass jemand keine medizinische Ausbildung hat und verlangt er dennoch von der betreffenden Person die Verabreichung von Medikamenten (Tabletten, Spritzen ...), haftet er neben dem/der Betreffenden für eventuelle Personenschäden, sowohl straf- als auch zivilrechtlich.
- Sollte jemand keinen Führerschein besitzen und weiß dies der Beschäftiger, darf er denjenigen bzw. diejenige nicht zum Führen eines Fahrzeuges einsetzen. Tut er dies dennoch und wird dabei ein Schaden verursacht, haften sowohl der Beschäftiger als auch der/die freiwillig Tätige.

Die persönliche Haftung wird durch die Haftung der Organisation in den besprochenen Fällen nicht gänzlich ausgeschlossen. Für rechtswidriges Verhalten haftet man dennoch und unabhängig von der Haftung der Organisation.

Besonders günstige Vorschriften gelten für DienstnehmerInnen, die bei Erbringung ihrer Dienstleistung

den Dienstgeber oder einen Dritten schädigen. Obwohl der Dienstnehmerbegriff hier sehr weit gefasst ist, lassen sich die Begünstigungen dem Leitfaden zufolge auf die meisten ehrenamtlich Tätigen nicht anwenden. Auch besondere Haftungs Vorschriften für den Arbeitgeber oder die Haftung unter ArbeitskollegInnen finden im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit meist keine Anwendung. Dessen ungeachtet kann es in bestimmten Fällen sehr wohl sein, dass Arbeitnehmerähnlichkeit vorliegt und damit die obigen Haftungsregeln zum Tragen kommen. Auch hier muss immer der konkrete Sachverhalt beurteilt werden.

Da sich einige Organisationen - in Entsprechung der oben angeführten Empfehlungen - verpflichtet haben, für ihre ehrenamtlichen MitarbeiterInnen eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, wird angeraten, sich im Vorfeld zu erkundigen, ob die betreffende beschäftigende Organisation dies getan hat.

Steuern

Da die ehrenamtliche Tätigkeit im Normalfall unentgeltlich erfolgt, fällt grundsätzlich keine Steuer

an. Eine Steuerpflicht kann in Einzelfällen aber sehr wohl begründet werden. So gibt es etwa Ausnahmen für die ehrenamtliche Übernahme von Vereinsfunktionen (Kassier, Schriftführer etc.), im Bereich der Sozialdienste oder beispielsweise bei ehrenamtlich tätigen Standesbeamten. Sollte für die ehrenamtliche Tätigkeit ein Gehalt vorgesehen sein, ist dies ein Hinweis auf Arbeitnehmereigenschaft, womit der/die Betreffende den allgemeinen steuerrechtlichen Bestimmungen unterliegt. Die Verfasserinnen des Leitfadens weisen einschränkend darauf hin, dass aufgrund der zahlreichen unterschiedlichen Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeit keine pauschale Auskunft über das Vorliegen einer Steuerpflichtigkeit gegeben werden kann. Eine solche Auskunft kann in der konkreten Situation nur ein/e SteuerberaterIn oder das zuständige Finanzamt geben.

Quellen: Freiwilliges Engagement, www.ulf-ooe.at; Katharina Urleb, Charlotte Reiff: Leitfaden ehrenamtlicher Tätigkeit, www.wirfueruns.at

Ehrenamt zwischen Ausbeutung und Emanzipation

„Arbeit ohne Geld und Ehre.“ Das war der Titel meines ersten Buches über ehrenamtliche Arbeit.¹ Es erschien 1986 und war Ergebnis eines Forschungsprojektes, in dessen Rahmen ich mich mit der Methode „teilnehmende Beobachtung“ in drei ausgewählte, bereits real existierende Gruppen, die ehrenamtliche Arbeit leisteten, begab, sie beobachtete und mit ihnen arbeitete. Dabei lernte ich die Ambivalenz kennen, die mit dieser Arbeitsform verbunden ist. Es wurde deutlich, dass die Frauen zwar mit einigen Komponenten ehrenamtlicher Arbeit unzufrieden sind, diese ihnen aber gleichzeitig Chancen zur sonst verwehrt „Selbstverwirklichung“ bietet. Unter kapitalistischen Bedingungen dient sie also weder nur der Ausbeutung noch per se der Emanzipation.

Freiwillige Arbeit

Damals gab es kaum öffentliche politische Diskussionen zu diesem Thema. Ich wurde immer wieder da-

nach gefragt, was „Ehrenamt“ denn mit Arbeit zu tun hätte, denn was nicht bezahlt wurde, erschien auch nicht als Arbeit. Seit sich die Megakrisen türmen, ist der Scheinwerfer öffentlicher Aufmerksamkeit auf dieses Arbeitsfeld gerichtet. Vor allem an den Orten, wo die Auflösung „gewachsener“ nachbarschaftlicher und sozialer Strukturen und der damit zusammenhängende gefährdete Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beklagt wird.

Es kommt in immer neuen Gewändern mit immer wieder neuen Namen daher. Neues Ehrenamt, freiwillige Mitarbeit, Bürgerschaftliches Engagement (BE), Arbeit für den Gemein Sinn und Bürgerarbeit sind soziale Erfindungen der letzten Jahre, durch die der nach Ansicht vieler Ehrenamtlicher missglückte Begriff ersetzt werden soll. Der ständige Verweis auf die Unbezahlbarkeit der Arbeit suggeriert, dass Arbeit schon deshalb wertvoller und humaner ist, weil sie nicht bezahlt wird und (scheinbar) nicht bezahlt werden kann. Verschwiegen wird, dass in Zeiten von hoher Erwerbslosigkeit, von Sozialabbau und Einsatz des Rotstiftes vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich Alternativen zur „freiwilligen“ unbezahlten Arbeit für viele „freiwillige“ ArbeiterInnen gar nicht zur Verfügung stehen. Zudem sollte bezahlt und un-

¹ Ich beziehe mich in diesem Beitrag im Wesentlichen auf die unbezahlte Arbeit im Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich.

bezahlt verrichtete Arbeit freiwillig sein. So jedenfalls ist es im Grundgesetz für die BRD verankert.

Bürgerschaftliches Engagement und freiwillige Arbeit erscheinen als soziale Innovation, scheinbar befreit von Muff und Staub, die dem alten karitativen Ehrenamt anhaften. Kaum einer wagt zu sagen, dass es sich hier um alten Wein in neuen Schläuchen handelt.

Seit dem Entstehen der Wohlfahrtsverbände, der Entwicklung des Sozialstaates und beruflich organisierter personenbezogener Dienstleistungen wurde das „Freiwillige Engagement“ zum unverzichtbaren Bestandteil sozialer und gesundheitlicher Sicherung. Seither bezeichnet es unbezahlte, nicht über den Markt vermittelte, scheinbar unbezahlbare Arbeit. Unentgeltlich ist sie nicht. Sie kostet für die „Freiwilligen“ Geld und Zeit und nicht selten geht sie auf Kosten ihrer eigenständigen Existenzsicherung. Die Unkostenerstattung für die Ehrenamtlichen ist ein Dauerbrenner. „Freiwilliges Engagement“ muss man sich – zumindest in einigen Bereichen – leisten können; das gilt für die Freiwilligen selbst.

Tatsächlich lebt unser Gemeinwesen von der Mitwirkung und Mitgestaltung seiner BürgerInnen. Und diese leisten bezahlte und unbezahlte Arbeit. In beiden Bereichen bestimmen sie die Lebensqualität entscheidend mit. Ohne sie wäre die immer kälter werdende Ellbogengesellschaft nicht auszuhalten. Ohne ehrenamtliche Arbeit würde das System der sozialen Dienste und der gesundheitlichen und kulturellen Ver-

sorgung zusammenbrechen. Damit blieben viele der Sorge und Hilfe bedürftigen Menschen unversorgt, und Kultur würde (wieder) ein teures Gut werden, das sich nur wenige leisten können. Daraus speist sich das große Interesse an dieser Arbeitsform. Eigeninitiative wird als Antwort auf (fast) jedes Krisensymptom betrachtet.

Vielfältige Arbeitsverhältnisse

Der Arbeitsmarkt bestand in den meisten Bereichen, in denen ehrenamtlich gearbeitet wird, schon immer aus einem Nebeneinander unterschiedlichster Arbeitsformen. Die berufliche Vielfalt reicht vom gut bezahlten Geschäftsführer über Beamte, Angestellte in unterschiedlichsten Funktionen, Aushilfs- und Honorarkräfte, freie MitarbeiterInnen, Selbstständige, oft arbeiten auch sie prekär, im Nebenberuf Tätige bis hin zu in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten, Zivildienstleistenden sowie „SchwarzarbeiterInnen“. In vielen sozialen Einrichtungen, Projekten im Gesundheitsbereich, aber auch in kulturellen und soziokulturellen Zentren sind oft mehr als die Hälfte der Beschäftigten „ganz ohne Geld“ tätig. Seit dem 1.1.2005 kommen in Deutschland im Rahmen von Hartz IV „1-Euro-Jobs“ – auch in den sozialen und kulturellen Einrichtungen – hinzu. Was früher scheinbar unbezahlbare Arbeit war, wird jetzt zu „Arbeitsgelegenheiten“, mit dem billigsten Stundenlohn abgegolten und obendrein mit Arbeitszwang belegt.

„Was ich kann, ist unbezahlbar. Tun, was man will. Und nicht, was man muss. Mit freiwilliger Arbeit“. Das war einmal ein Slogan zur bundesdeutschen Kampagne zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001. Seitdem entstanden neue Unterschichtungen und damit neue Unübersichtlichkeiten zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen, 1-Euro-JobberInnen und Ehrenamtlichen. Solidarität sei in vielen Einrichtungen zum Fremdwort geworden. Klassen- und schichtspezifische Widersprüche verschärfen sich zunehmend.

Der Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus

Die heiß geführten Diskussionen um das „freiwillige Engagement“ zeigen, dass Arbeit und Arbeitsgesellschaft nicht deshalb in der „Krise“ sind, weil es nicht genügend zu tun gäbe, sondern weil die Arbeit ungleich verteilt ist, oder erst gar nicht als Arbeit in Erscheinung tritt. Die unbezahlten Arbeiten in der Familie und in anderen (Zusammen-)Lebensformen, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Alten, Behinderter und Hilfsbedürftigen, in der Nachbarschaftshilfe, im „Freiwilligen Engagement“, in Selbsthilfe und im Ehrenamt gehen der Gesellschaft ganz gewiss nicht

Kalender Wegbereiterinnen 2014

Der Kalender Wegbereiterinnen ist ein Wandkalender im DIN A 3-Format, der alljährlich 12 aktive Frauen aus der Geschichte präsentiert. Auch im Kalender 2014 sind Frauen versammelt, die sich in Politik, Gewerkschaften, im Widerstand, in der Literatur, Musik, Fotografie oder im Sport für die Rechte der Frauen, für Freiheit, Gleichheit und eine friedliche Welt eingesetzt haben, darunter die Frauenrechtlerin und Antirassistin Ray Alexander Simons, die Schriftstellerin Simone de Beauvoir, die Bürgerrechtlerin Rosa Parks, die Fotoreporterin Gerta Taro und die Gründerin des ersten deutschen Fußballerinnenvereins Lotte Specht.

Bestellungen unter: spak-buecher@leibi.de
Tel. 0049 7308 919261

aus; für viele entsteht zunehmend eklatanter Personalmangel.

Es geht darum, Kosten zu sparen, Wunden zu heilen und nicht darum, (gleichzeitig) die Missstände anzuprangern und an den gesellschaftlichen Wurzeln zu rühren, durch die die Wunden verursacht werden. Das Einrichten von „Tafeln“ mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und Hilfsbedürftige mindert den Reichtum der Wohlhabenden ebenso wenig, wie es das Verteilen von Armensuppe zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Es ist aber geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie sind die BittstellerInnen, und sie bleiben arm. Plausibel wäre es, auf die Krise und die zunehmende Armut mit politischem Engagement zu reagieren und nicht alleine mit Initiativen der Mildtätigkeit und mit Einrichtungen der Barmherzigkeit.

Die Glorifizierung der ehrenamtlichen Arbeit

Wohlfahrtsverbände weisen immer wieder darauf hin, dass es Sorge zu tragen gilt, dass Freiwilliges Engagement nicht missbraucht wird, um Löcher im sozialen Netz zu stopfen. Studien belegen jedoch immer wieder den „Mehrfachnutzen“ des sozialen Ehrenamtes: „ergänzend, entlastend und auch kostensenkend“, das waren die „bemerkenswerten Ergebnisse“ einer Studie aus Baden Württemberg. Gleichzeitig, so wurde festgehalten, gehen vom ehrenamtlichen Engagement zahlreiche „kreative und innovative Impulse aus“. Das unterstellt, dass Menschen, die für ihr soziales Engagement bezahlt werden, weniger oder keine kreativen und innovativen Ideen haben. So wird die Unbezahltheit der Arbeit ideologisiert. Die Aussage: „Ich möchte helfen, etwas lernen und mit netten Leuten zusammen sein“, könnte auch von „bezahlten Kräften“ stammen. Denn auch für sie waren das nicht selten Gründe, sich für ihren Beruf zu entscheiden.

„Freiwillig Engagierte fordern, dass auch in Zeiten leerer Kassen Freiwilliges Engagement nicht Hauptamtliches ersetzen oder verdrängen darf, und dass auch für Frauen Ehrenamt kein Ersatz für Erwerbsarbeit sein darf. Ehrenamtliche Arbeiten können erst dann wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden, wenn die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden gewährleistet und die notwendige professionelle Versorgung der Hilfsbedürftigen sichergestellt ist. Erst dann können sich auch Solidarität und Nächstenliebe entfalten.“

Freiwillige Aktivitäten als Gemeinschaftsaktivitäten müssen keinesfalls immer positiv bewertet werden; in der viel zitierten Zivilgesellschaft sind sie situativ vieldeutig. Auch Neonazis und religiöse Fundamentalisten sind oft gemeinschaftlich aktiv und übernehmen freiwillige Aufgaben. Der Kampf gegen rechts, gegen Neo-Konservative und selbsternannte Lebensschützer wird selten belohnt. Wer Felder von Genmais befreit, muss entweder 1.000 Euro Ordnungsstrafe zahlen oder wird ins Gefängnis geworfen.

Solidarität und Nächstenliebe

Freiwillig Engagierte fordern, dass auch in Zeiten leerer Kassen Freiwilliges Engagement nicht Hauptamtliches ersetzen oder verdrängen darf, und dass auch für Frauen Ehrenamt kein Ersatz für Erwerbsarbeit sein darf. Ehrenamtliche Arbeiten können erst dann wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden, wenn die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden gewährleistet und die notwendige professionelle Versorgung der Hilfsbedürftigen sichergestellt ist. Erst dann können sich auch Solidarität und Nächstenliebe entfalten; und beide sind in einer immer kälter werdenden Welt notwendiger denn je.

Auch ExpertInnen sehen eine Funktionalisierung der Freiwilligenarbeit zum Stopfen staatlicher Haushaltslöcher negativ, weil so versucht wird, vorhandene Strukturen und Leistungsangebote mit Hilfe des Ehrenamts (vorübergehend) zu stützen und zu bewahren, nicht aber sie zu verändern und langfristig neu zu strukturieren.

Zukunft der Arbeit

Es ist die Frage, wie Ermöglichungsstrukturen geschaffen werden können, damit durch ehrenamtliche Arbeit weder der Sozialstaat aus seiner Verantwortung entlassen wird noch geschlechtshierarchische Rollenverteilungen in Familie Beruf und Ehrenamt fortgeschrieben werden. Denn einer ganzen Frauengeneration gleichwertige Bildungschancen einzuräu-

men und sie hochqualifiziert überwiegend in sozialen und pflegerischen Bereichen – für die sie oftmals gar nicht qualifiziert sind – unbezahlt beschäftigen zu wollen, ist eine auf die Dauer teure Irrationalität.

Angesichts von Millionen erwerbslosen Menschen und angesichts zunehmender Orientierungslosigkeit und Armut können weder Freiwilliges Engagement noch Selbsthilfe als Lösung von arbeitsmarktpolitischen und sozialen Problemen angesehen werden. Notwendig wird es in diesem Zusammenhang, Vorschläge zu entwickeln, wie die gesellschaftlich nützlichen (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt werden können, damit die Übernahme der „unbezahlbaren Arbeiten“ nicht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung geht und nicht zu

weiteren Unterschichtungen und Festschreibungen auf überkommene Familienstrukturen führt.

Gisela Notz

Die Autorin ist Sozialwissenschaftlerin und Historikerin. Bis Mai 2007 war sie Wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zurzeit ist sie Herausgeberin des Wandkalenders Wegbereiterinnen und Redakteurin von „lunapark21, zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie“.

Erstabdruck des Artikels in „Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik“ 3/2009. Die Kulturrisse erscheinen viermal jährlich. Informationen und Bestellungen: www.kulturrisse.at/bestellen

Ehrenamt statt Sozialstaat?

Kritik am Ehrenamt fällt schwer, da niemand jene kritisieren will, die ihre Zeit unentgeltlich in den Dienst der Gesellschaft stellen, so Marco Gerbig-Fabel. Der Deutschen Welle-Redakteur wagt sie dennoch: Denn manches ehrenamtliche Projekt helfe dort, wo eigentlich der Staat zuständig wäre.

Ehrenamtlich Tätige haben in Deutschland einen guten Ruf. Dieser wird auch von offizieller Seite gefördert: So hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend öffentlich erklärt, das bürgerschaftliche Engagement stärken zu wollen. Deutsche Welle-Autor Gerbig-Fabel vermutet hinter derartigen Kampagnen nicht nur ideelle, sondern vor allem auch materielle Motive, denn in Deutschland sind allein die 16 Bundesländer mit weit über 600 Milliarden Euro verschuldet. Immer mehr Sozialleistungen gelten daher als kaum mehr finanzierbar. Das Ehrenamt könne dort aushelfen, wo der Sozialstaat seiner Verantwortung nicht gerecht wird. So werde soziale Not gegebenenfalls gelindert – und dies mehr oder weniger kostenlos.

Und soziale Not ist in Deutschland durchaus vorhanden – Gerbig-Fabel zitiert ein paar Eckdaten aus dem

aktuellen Armutsbericht der deutschen Bundesregierung: In unserem Nachbarland erhält jedes fünfte Kind Sozialleistungen. Fast acht Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne. Etwa 12 Millionen leben an oder unter der Armutsgrenze. Mittlerweile sind bis zu 1,5 Millionen Menschen – vor allem in den Großstädten – regelmäßig auf die Hilfsleistung der sogenannten Tafeln angewiesen.

Für den Deutsche-Welle-Journalisten sind die Tafeln, die er als „eine Art Armenspeisung“ charakterisiert, das anschaulichste Beispiel für die angesprochene Problematik: Vor 20 Jahren begannen einige Frauen in Berlin, nicht verbrauchte oder nicht mehr verkäufliche Lebensmittel von Restaurants, Hotels und Supermärkten einzusammeln, um damit Obdachlosen zu helfen und auf Lebensmittelverschwendung aufmerksam zu machen. Heute ist aus der Berliner Initiative eine deutschlandweite Organisation geworden, die von mehr als 50.000 ehrenamtlichen HelferInnen getragen und weitgehend durch Spenden (Motto: „Jeder gibt, was er kann“) finanziert wird. Im gesamten Bundesgebiet gibt es mehr als 900 Tafeln mit über 3.000 Ausgabestellen – bei steigender Tendenz (siehe Tabelle).

Schon längst werden nicht mehr nur Obdachlose mit kostenlosen Lebensmitteln unterstützt, sondern auch Langzeitarbeitslose, RentnerInnen sowie Familien mit kleinem Einkommen. Ein knappes Drittel der Unterstützten sind Kinder und Jugendliche. Die Aussage auf der Homepage des Bundesverbands Deutsche Tafel e.V., die Organisation sei „eine der größten sozialen

Bewegungen unserer Zeit“, hält Gerbig-Fabel insofern keinesfalls für übertrieben. Ähnliche Projekte gibt es unter anderem in Island, Spanien, Österreich (Wiener Tafel) und der Schweiz sowie in den USA, wo Ausgabestellen für Bedürftige vornehmlich von kirchlichen Organisationen getragen werden.

Grenzen verschwimmen

PolitikerInnen loben regelmäßig die Leistungen der Tafel-Bewegung und viele von ihnen suchen die Nähe der Organisation. So ist beispielsweise der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, Ehrenmitglied der Berliner Tafel und Familienministerin Kristina Schröder ist – so wie ihre Vorgängerinnen Renate Schmidt und Ursula von der Leyen – die Schirmherrin der Tafeln in Deutschland. Beim 16. Bundestafeltreffen in Berlin erklärte die Christdemokratin: „Jeder Mensch kann einmal in seinem Leben in eine Situation kommen, aus der er sich allein nicht wieder befreien kann. Dann braucht man eine helfende Hand. Die Tafeln sind so eine helfende Hand – unaufdringlich, aber doch immer zur Stelle. Dieses Engagement ist bewundernswert.“

Kritiker wie die AktivistInnen vom „Kritischen Aktionsbündnis 20 Jahre Tafeln“ betrachten diese meist positive Sicht der Politik auf die Tafeln mit Besorgnis. Sie finden es beschämend, dass in einem der reichsten Länder der Welt ein solch „mittelalterliches“ Almosensystem überhaupt notwendig ist. Die Politologin Luise Molling, die das Aktionsbündnis mitbegründet hat, weist darauf hin, dass für in Not geratene Menschen die Grenzen zwischen garantierten Rechten und einer willkürlichen Hilfe auf Almosenbasis verschwimmen: „Es kommt immer häufiger vor, dass Jobcenter auf die Tafeln verweisen, wenn das Geld nicht reicht.“ Das Ergebnis dieser Praxis sei, dass Rechtsansprüche zunehmend durch private Wohltätigkeit ersetzt würden. Und dies vor dem Hintergrund, dass das deutsche Grundgesetz die Daseinsfürsorge als öffentliche Aufgabe definiert.

Soll staatliche Verantwortung durch freiwilliges Engagement ersetzt werden?

Wo fängt die Verantwortung des Staates an, wo hört sie auf? Inwieweit kann und soll sie durch zivilgesellschaftliches Engagement ersetzt werden? Diese Fragen sind nicht eindeutig geklärt, darüber lasse sich folglich „vortrefflich streiten“, zitiert Gerbig-Fabel den Leiter des Forschungszentrums für Bürgerschaftliches Engagement an der Berliner Humboldt Universität, Sebastian Braun. Der Forscher prognostiziert, dass in verschiedenen staatlich unterfinanzierten Bereichen künftig immer mehr Menschen ehrenamtlich arbeiten

Anzahl der Tafeln in Deutschland, 1994 – 2012

Jahr	Anzahl der Tafeln
1994	4
1995	35
2000	270
2005	540
2009	861
2012	906

Quellen: www.tafel.de; de.wikipedia.org

werden – etwa bei der Betreuung in Ganztagschulen oder in der Altenpflege. Hier habe sich bereits in den letzten Jahren eine aktive zivilgesellschaftliche Szene entwickelt.

So sammeln Schulfördervereine Spenden von Eltern oder von Unternehmen, um die Schulen besser auszustatten, etwa mit Sport- und Spielgeräten. Diese Vereine lehnen es jedoch nachdrücklich ab, Defizite im staatlichen Bildungssystem auszugleichen, d.h. sie fühlen sich nicht dafür zuständig, etwa Schulgebäude zu sanieren oder Hilfslehrer einzustellen. Für Braun haben die Fördervereine daher eher die Funktion von Themenanwälten, die bildungsrelevante Themen auf die Agenda schulpolitischer Gestaltung platzieren wollen.

Funktion als Impulsgeber

Das Ehrenamt kann aber nicht nur eine Lückenbüßer- oder eine Themenanwaltsfunktion einnehmen, es kann auch als Impulsgeber für den Staat fungieren. Denn die Menschen spüren üblicherweise schnell und unvermittelt, wo in ihrem Umfeld Hilfe gebraucht wird. In jüngerer Vergangenheit waren es die Bereiche Jugendarbeit, Drogenbekämpfung und Aidsberatung, wo zu Beginn ehrenamtlich gearbeitet wurde. Erst danach erkannte der Staat den Handlungsbedarf und wurde tätig. Die Hauptarbeit wird in diesen Aufgabenfeldern heute von professionell ausgebildeten Kräften getragen, zumal Konsens darüber besteht, dass die Pflege bettlägeriger Menschen oder die Betreuung schwer erziehbarer Jugendlicher in die Hände von Fachpersonal gehört. Ehrenamtliche Helfer sind in vielen sozialen Bereichen nur noch unterstützend tätig.

Deutsche Welle-Autor Gerbig-Fabel sieht darin „das große Potential des Ehrenamts“: Es schließe keine Versorgungslücken, sondern es mache sie ausfindig. An der Tafel-Bewegung kritisiert er, dass hier der Impuls im ehrenamtlichen Umfeld stecken geblieben sei, mit dem Effekt: Die Notwendigkeit der Tafeln nimmt nicht ab, sondern das System scheint sich im Gegenteil weiter zu verfestigen.

Linderung statt Lösung sozialer Problemlagen

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutsche Tafel, Jochen Brühl, widerspricht diesem Befund auch gar nicht. Er sieht vor allem die Politik in der Pflicht: „Die Hilfe der Tafeln oder gemeinnütziger Organisationen überhaupt ist kein Ersatz für sozialstaatliche Leistungen. Bürgerschaftliches Engagement entbindet den Staat nicht von der Fürsorgepflicht für seine Bewohner. Gemeinnützige Initiativen können Armut nicht beseitigen, aber bei einem Teil der Betroffenen ihre Folgen lindern. Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Staates – und muss es bleiben,“ betont Brühl in einer Aussendung des Albert-Schweitzer-Verbandes. Ähnlich sieht dies der Deutsche Caritas-Verband, der in seinem Eckpunktepapier vom Dezember 2008 festhält: „Es wäre fatal, wenn die politischerseits gern gesehene Tafelbewegung dazu beiträgt, dass sich der Staat mit Hinweis auf die Bürgergesellschaft aus der Daseinsvorsorge seiner Bürger sukzessive zurückzieht.“

Für Marco Gerbig-Fabel steht es außer Frage, dass es für viele bedürftige Menschen fatal wäre, wenn es Hilfsangebote wie die der Tafeln nicht mehr gäbe. Zugleich hält er es für ein Alarmzeichen, dass man die ehrenamtlich organisierten Tafeln überhaupt braucht. Und der Deutsche Welle-Redakteur befürchtet, dass der Erfolg der Tafeln sowie anderer Hilfsorganisationen letzten Endes sogar die Errungenschaften des Sozialstaats in Frage zu stellen droht. Denn das Engagement Ehrenamtlicher helfe zwar den Betroffenen, entlaste aber auch Politik und Gesellschaft von der drängenden Aufgabe, grundsätzliche Lösungen für soziale Probleme zu finden.

Quellen: Marco Gerbig-Fabel, in: Deutsche Welle, 06.08.2013; www.tafel.de; www.albert-schweitzer-verband.de, 19.08.2013; de.wikipedia.org/wiki/Tafel

Von der Freizeit- zur Dreizeitgesellschaft

Einige visionäre Anmerkungen¹

Dass sich etwa drei Millionen Menschen in Österreich – das sind 44 Prozent der über 15-Jährigen – freiwillig engagieren, ist Zeichen einer lebendigen Zivilgesellschaft. Die zukünftige Sicherung dieser Freiwilligenarbeit und ihre weitere Ausdehnung erfordern angesichts der zunehmenden Pluralisierung der Lebensverläufe jedoch fördernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Einige möchte ich kurz ansprechen und dabei – wie mein Titel anzeigt – auch etwas Visionäres wagen.

Über die Zukunft der Erwerbsarbeit lässt sich sinnvoll nur nachdenken, wenn man das Ganze der Arbeit, also auch die Versorgungsarbeit, die Eigenarbeit und eben auch die Freiwilligenarbeit in den Blick nimmt,

¹ Geringfügig geänderte schriftliche Fassung des Impulsreferats von Hans Holzinger zur Fachtagung zu Freiwilligenarbeit, Salzburg, 25.11.2011. Die Tagung wurde vom Autor gemeinsam mit Dr. Walter Spielmann von der Robert-Jungk-Stiftung und Dr. Friedrich Steger vom Land Salzburg konzipiert.

so eine zentrale Erkenntnis unserer Studie „Zur Zukunft der Arbeit“ im Rahmen des Projekts „Wachstum im Wandel“. Umgekehrt lässt sich sagen: Die Zukunft der Freiwilligenarbeit wird – freilich nicht nur, aber auch – von der zukünftigen Gestaltung der Erwerbsarbeitswelt, insbesondere der Arbeitszeiten, abhängen. Warum?

Auch wenn wir – wie der Sozialwissenschaftler Reinhold Popp betont – bezogen auf den gesamten Lebenslauf nur 10 Prozent unserer Lebenszeit im Beruf, also mit Erwerbsarbeit, verbringen, so ist zu berücksichtigen, dass es gerade in jener Zeit, in der etwa Erwerbsarbeit und Familienphase zusammenfallen, für viele Menschen zu einer starken Zeitverdichtung kommt. Einfacher ausgedrückt: In dieser Zeit bleibt für immer mehr Menschen wenig oder keine Zeit für freiwilliges Engagement. Die 10 Prozent Berufszeit bedeuten ja auch nicht, dass wir nun 90 Prozent Freizeit hätten. Einen wesentlichen Anteil unserer Zeit nehmen die Versorgungsarbeiten in Anspruch, ohne die die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht überlebensfähig wären. Da kommt nun auch die Geschlechterfrage ins Spiel.

Was ist mit der Versorgungsarbeit?

Das frühere „männliche Alleinernährermodell“ ist Geschichte. Der Eintritt von immer mehr Frauen ins

Erwerbsleben hat nicht nur zu einem starken Anstieg der Erwerbstätigen geführt – mit über 4 Millionen Beschäftigten hat Österreich heute einen historischen Höchststand erreicht. Verändert wurden dadurch auch die Zeitmuster. Zeitbudgeterhebungen zeigen, dass Frauen tendenziell die Verliererinnen dieser Veränderungen sind: Sie haben heute zwar auch Erwerbsarbeit, aber dazu noch Haushalt und Kinder („Doppel- bzw. Dreifachbelastung“). Eine Zeitbudgeterhebung von Statistik Austria, die Erwerbs-, Familien- und Hausarbeit zusammenrechnet, hat ergeben, dass berufstätige Mütter in Österreich auf eine „72-Stunden-Woche“ kommen, berufstätige Väter hingegen nur auf eine „48-Stunden-Woche“ (Bezugsjahr 2002, zit. n. Salzburger Nachrichten).

Aufteilung der Versorgungsarbeit hat Einfluss auf Zeit für Ehrenamt

Eine Repräsentativbefragung unter 1000 Salzburgerinnen und Salzburger hat ergeben, dass insgesamt pro Monat durchschnittlich 15,5 Stunden für die freiwillige und unbezahlte ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendet werden. Männer leisten einen durchschnittlichen Einsatz von 17 Stunden – mehrheitlich bei Feuerwehr und Rettung sowie in Jugendarbeit und Sport; Frauen kommen auf 14 Stunden, mehrheitlich im sozialen und kirchlichen Bereich. Bezieht man die Unterstützung und Mithilfe in Schulen, Kindergärten und Nachbarschaft sowie in die Hausarbeit mit ein, würde die Rechnung allerdings anders aussehen.

Laut der letzten Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria leisten erwerbstätige Frauen pro Woche 27 Stunden an unbezahlter Arbeit (Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligentätigkeit), erwerbstätige Männer aber lediglich 16,1 Stunden (nach: IF – Magazin für SalzburgerInnen, Juni 2011). Das heißt Versorgungsarbeit muss nicht nur endlich auch in den wirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfasst werden, sondern auch in den Statistiken für freiwilliges Engagement.

Wir brauchen daher flexiblere Arbeitszeitmodelle, die den jeweiligen Lebenslagen der Menschen besser gerecht werden und die alle Formen von Tätigkeiten für beide Geschlechter gut vereinbar machen. An die Vollarbeitszeit als Norm sollte die „Wunscharbeitszeit“ treten – bei Einkommen, von denen sich gut leben lässt.

„Die jungen Alten“ – ein Zukunftspotenzial für Freiwilligenarbeit

Ein wichtiges Zukunftspotenzial für freiwilliges Engagement liegt bei jenen, die nicht mehr in Erwerbsar-

beit stehen. Wir werden – was sehr schön ist – immer älter, wir werden in Zukunft wohl auch etwas länger beruflich tätig sein, aber die Lebensphase des sogenannten „Ruhestands“ wird sich weiter ausdehnen. Die meisten „PensionistInnen“ sind aber noch sehr rüstig und hoch aktiv. Daher spricht man auch vom „Dritten Alter“, das der Pensionierung folgt, im Unterschied zum „Vierten Alter“, in dem die Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit einsetzen. Und die meisten der Menschen im „Ruhestand“ verfügen heute auch über ein ausreichendes Einkommen. Was diesen „jungen Alten“ aber weitgehend fehlt, ist gesellschaftliche Anerkennung, die in unserer Gesellschaft primär mit beruflicher Tätigkeit bzw. mit der Sorge um Kinder verbunden ist. Das Erwerbsleben ist beendet, die Kinder sind groß und häufig in alle Winde verstreut.

Menschen in diesem „dritten Alter“, die nicht mehr in Erwerbsarbeit stehen, für Freiwilligenarbeit zu gewinnen, wird immer wichtiger. Wie dies gehen kann und dass es (in Deutschland) bereits viele tolle Projekte gibt, konnten wir in der Studie „Die jungen Alten. Beispiele für sinnvolles Engagement im Alter“ zeigen. Für die Jungen wiederum kann Freiwilligenarbeit eine Brücke ins Erwerbsleben schlagen, etwa durch das ökologische oder soziale freiwillige Jahr, aber auch in allen Bereichen, in denen Jugendliche im freiwilligen Engagement soziale Erfahrungen sammeln.

Neues Ehrenamt

Herkömmliches – man könnte auch sagen – „altes“ Ehrenamt bezieht sich auf die klassischen Einrichtungen der Freiwilligenarbeit – im sozialen, im kirchlichen, im kulturellen Bereich. Dieses bleibt wichtig. Dazu kommt aber das „neue“ Ehrenamt, bei dem nicht die Organisation, bei der ich mich engagieren möchte, im Mittelpunkt steht, sondern das Thema, das mich interessiert. Dieses neue Ehrenamt erfordert auch neue organisatorische Rahmenbedingungen: Freiwilligenagenturen, Tauschringe, Bürgerinitiativen oder Selbsthilfezentren erscheinen hier als geeignete, flexible Strukturen. Auch das Moment der Selbstorganisation spielt dabei eine größere Rolle, etwa bei Bürgerinitiativen.

NGOs als kritischer Stachel

Zu diesem neuen Ehrenamt gehören viele der neu gegründeten Initiativen, die sich für gesellschaftliche Belange einsetzen – sei es im Umwelt- oder Naturschutz, im Bereich der Menschenrechte oder im Einsatz für eine krisensichere Wirtschafts- und Finanzordnung. Der Ansatz von Zivilgesellschaft als politisches Gewissen, als kritischer Stachel, als politischer Anwalt für Benachteiligte stellt gesellschaftspolitische Aufgaben

in den Vordergrund. Er verbindet sich mit Ansätzen, denen es um die Umsetzung neuer struktureller politischer oder wirtschaftlicher Zukunftslösungen geht.

Salopp gesagt, gibt es zwei Gruppen von Freiwilligeninitiativen: Solche, die dem Staat Arbeit abnehmen, und solche, die ihm Arbeit machen (wenn auch letztere langfristig uns ebenso Arbeit ersparen können, weil sie frühzeitig auf Krisen hinweisen und Neuansätze erproben; denken wir etwa an die PionierInnen der Bio-Landwirtschaft). Eine lebendige Gesellschaft braucht beides: Menschen, die sich für andere Menschen einsetzen (Es können und sollen nicht alle sozialen „Dienste“ der Geldökonomie unterworfen werden) und Menschen, die an politischen Veränderungen arbeiten.

Und: Ob altes oder neues Ehrenamt – um dieses attraktiv zu halten, müssen neue Formen der Einbindung, Akzeptanz und Anerkennung gefunden werden. Ansprechende Tätigkeitsinhalte, Möglichkeiten der Mitsprache und verbale Wertschätzung, aber auch kostenlose Fortbildungsangebote und Vorteile hinsichtlich des beruflichen Fortkommens werden in der Forschung über Freiwilligenarbeit als solche Bedingungen genannt.

Von der Freizeit- zur Dreizeitgesellschaft – eine Utopie?

Ich komme zum Titel meines Beitrags. Selbstverständlich wollen wir niemandem vorschreiben, wie er/sie seine/ihre Zeit zu verbringen hat – schon gar nicht die Freizeit (in der Erwerbsarbeit ist das etwas anders, da gibt es Arbeitsverträge). Und doch hat der Begriff der „Freizeit“ m.E. Tücken – ebenso wie der Begriff von „Work-Life-Balance“. Das Leben wird aufgespalten in Arbeit und Freizeit. Außen vor bleibt dabei – ich habe es bereits gesagt – die Versorgungs- und Eigenarbeit, die ja nicht Freizeit ist. Das Wort geredet wird dabei aber auch einer Dualität: hier die Arbeit, dort das Leben – im Begriff „Freizeitgesellschaft“ meist noch verbunden mit Konsumzeit.

In einem Cartoon befragt ein Mensch, am Ufer eines Flusses sitzend, das Glücksschweinchen: „Glaubst du, es gibt ein Leben nach der Arbeit?“ Eine bedenkliche Frage. Muss es nicht das Ziel sein, das Leben als Ein-

heit zu sehen, in der wir uns in den verschiedenen Tätigkeitssphären verwirklichen können?

Der Soziologe Jürgen Rinderspacher schlägt daher – in bewusster Absetzung von der Freizeitgesellschaft – die „Dreizeitgesellschaft“ vor. Jeder Mensch hat darin die Möglichkeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, alle haben genügend „Erhol- und Kulturzeit“ und alle haben Zeit, Kraft und Muße für nichterwerbliche Arbeitstätigkeiten – von Sorge- und „Erziehungsarbeit“ bis zu sozialem und / oder politischem Engagement.

Die feministische Arbeitsforscherin Frigga Haug geht mit ihrer „Vier-in-einem-Perspektive“ noch einen Schritt weiter: Männer wie Frauen verwirklichen sich in den Sphären der Erwerbs- und Versorgungsarbeit und haben zudem genügend Zeit für Selbstentwicklung sowie politisches Engagement – oder „Politik von unten“, wie Haugg es nennt. Freizeitkonsum kommt hier nicht mehr vor – eine visionäre, aber – wie ich denke – spannende Zukunftsperspektive, die auch aus ökologischer Perspektive Sinn macht.

Halbtagesgesellschaft und neue Zeitsouveränität

Beide Modelle drängen auf eine tendenzielle Zurückdrängung der Erwerbs- und der Konsumsphäre, was natürlich unser Wirtschaften insgesamt verändern würde. Die zukünftige Abgeltung von Produktivitätsfortschritten in Form von Arbeitszeitverkürzung wäre eine solche Veränderung, die Ergänzung des BIP um andere Wohlstandsindikatoren eine andere. Zeitwohlstand und Zeitsouveränität würden zu zentralen, neuen Wohlstandsparametern. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass die Wirtschaft nicht mehr wächst. Wachsen würde aber nicht mehr der auch ökologisch bedenkliche Privatkonsum, sondern der öffentliche Konsum – von der Kinderbetreuung über Bildung und Forschung bis zur Kultur.

Der heutige homo consumens ist nicht der Endpunkt menschlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Denkbar ist auch der homo communis, der homo socialis, der homo ludens und – warum nicht – der homo politicus.

Um beim Visionären zu bleiben: Deutsche Statistiker haben sogar eine „Halbtagesgesellschaft“ durch-

„Der heutige homo consumens ist nicht der Endpunkt menschlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Denkbar ist auch der homo communis, der homo socialis, der homo ludens und – warum nicht – der homo politicus.“

gerechnet und gefragt, wie Deutschland aussehen würde, wenn nur mehr die Hälfte der Erwerbsarbeit geleistet würde. Das Szenario wäre machbar, so das Ergebnis. Wir bräuchten freilich mehr gut qualifizierte Menschen, die sich die verbleibende Arbeit in der Wissensgesellschaft teilen, und wir würden wieder mehr Tätigkeiten – etwa in der Betreuung von Kindern oder Alten – selber wahrnehmen.

Das muss nicht die einzig mögliche Zukunftsperspektive sein – fest steht jedoch, dass angesichts der zunehmenden Verwahrlosungstendenzen dem Sozialsystem „Familie“ wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, wie etwa Befunde des Neurobiologen Joachim Bauer zeigen. Laut der Zukunftsstudie „Österreich 2025“ verbringen Familien im Durchschnitt nur 16 Minuten am Tag mit Gesprächen miteinander!

Selbstwirksamkeit und soziale Anerkennung

„Freunde“, „Selbstwirksamkeit“ und „Anerkennung“ benennen die Armutsforscher Martin Schenk und Michaela Moser als moderne Lebensmittel. Alle Sphären des Tätigseins können und sollen zu diesen „Lebensmitteln“ beitragen – und alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich in allen Tätigkeitssphären in diesem Sinne zu verwirklichen. Das Tun jenseits der derzeit dominierenden monetarisierten Ökonomie würde wieder ausgeweitet. Dass dies noch immer gelebte Praxis ist, zeigen etwa die Sozialwissenschaftlerinnen Andrea Baier, Christa Müller und Karin Werner in ihrem Buch „Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes.“

„Die einfachen Freuden sind die von längster Dauer“, so die Schriftstellerin Christa Wolf. Ganz wesentlich gehören dazu das Zusammensein mit Menschen – in der Familie, in der Nachbarschaft, im Freundeskreis – und das Engagement für eine Sache. In der Sozialkapitalforschung wird von sozialen und weltanschaulichen Netzwerken gesprochen, die Bindungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit erzeugen.

Wichtig erscheint mir hier auch eine neue Verortung, die Wiederentdeckung einer Kultur der Nachbarschaft. Denn Heimat heißt, so die Psychoanalytikerin Beate Mitzscherlich: „Kennen, gekannt und anerkannt werden“. Eine neue Mitmach-Gesellschaft, von der Horst W. Opaschowski bei der Fachtagung zu Freiwilligenarbeit in Salzburg gesprochen hat, böte demnach die Chance, das Bedürfnis nach Gemeinschaft, nach gemeinsamem Tun zu befriedigen, bei dem zugleich Sinnvolles für die Gesellschaft entsteht.

Zusammenfassend: Ich halte nichts von der Bezahlung ehrenamtlichen Engagements – das wäre ein

Widerspruch in sich. Ich halte aber viel von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die freiwilliges Engagement für alle fördern. Dazu zählt die Akzeptanz und Berücksichtigung von Freiwilligenarbeit in den Unternehmen, dazu zählt aber auch deren gesellschaftliche Aufwertung. Wenn wir uns eines – nicht mehr allzu fern – Tages nicht mehr fragen: „Welches Auto fährst du?“, sondern: „In welchem Bereich engagierst du dich?“, dann hätte der durch das EU-Jahr zur Freiwilligenarbeit 2011 angestoßene Prozess ein wesentliches Ziel erreicht.

Hans Holzinger

Robert-Jungk-Stiftung, Salzburg

Literatur

- Alfred Auer, Hans Holzinger, Walter Spielmann. Freiwilligenagenturen. Ein innovativer Ansatz. JBZ-Studie 2004
- Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner: Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes. 2011
- Harry Gatterer, Sophie Karmasin: Österreich 2025. Zukunftsinstitut 2011
- Joachim Bauer. Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. 2011
- Ernst Gehmacher u. a. (Hg.): Sozialkapital. Neue Zugänge zu gesellschaftlichen Kräften. 2006
- Sabine Gruber u. a. (Hg.): Arbeiten wie noch nie?! Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit. Berlin: Argument, 2010 (mit einem Beitrag von Frigga Haugg)
- Hans Holzinger: Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. 2012.
- Hans Holzinger: Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. 2010. Download: www.wachstumimwandel.at
- Hans Holzinger: Wirtschaften jenseits von Wachstum. Befunde und Ausblicke. 2010. Download: www.wachstumimwandel.at
- Hans Holzinger: Die jungen Alten. Beispiele für sinnvolles Engagement im Alter. JBZ-Studie 2002
- Beate Mitzscherlich: Die psychologische Bedeutung von Beheimatung. In: Heimat in einer globalisierten Welt. Hg. v. Anton A. Buchacher. 2001
- Jürgen Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Dreizeitgesellschaft. In: H. Seifert (Hg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. 2005
- Martin Schenk, Michaela Moser: Es reicht! Für alle! Wien 2010
- Carsten Stahmer u. a.: Die Halbtagesgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft. 2006

Lebensqualität und Sicherheit in den Städten

Eine wohlfahrtsstaatliche Annäherung¹

Sich den Begriffen Lebensqualität und Sicherheit zu nähern, ist keine rein akademische Übung. Da beide in einem engen Zusammenhang stehen, ist der Wunsch nach Sicherheit und Lebensqualität für die überwiegende Mehrheit ein zentraler und trifft auch den Nerv Bevölkerung.

Um zu klären, welche Rahmenbedingungen Sicherheit ermöglichen, müssen wir uns in erster Linie die Frage stellen, in welchen Bereichen wir einem oder gar mehreren Risiken ausgesetzt sind, in welchen Situationen wir Gefährdungen erleben, in welchen Situationen wir individuell oder auch kollektive Unsicherheit spüren. Fürchten wir um die Stabilität unserer Partnerschaft? Bedrohen uns Autos und der Straßenverkehr? Welche Spuren hinterlasse ich im Internet? Macht mir die Vogelgrippe oder ein Atomkrieg mehr Angst? Wie kann ich mich vor Kriminalität und Cyberattacken schützen? Wie sicher ist mein Arbeitsplatz?

Schon hier zeigt sich, dass der Begriff der Sicherheit untrennbar mit dem Begriff der „Unsicherheit“ verbunden ist und beide Begriffe eine stark subjektive Komponente aufweisen. Sicherheit und Unsicherheit sind keine unumstößlichen Tatsachen, sondern basieren auf unserem Empfinden und unserer Wahrnehmung. Was für den einen „normal“ ist, ist für eine andere in derselben Situation eine Bedrohung. Ilija Trojanow und Julie Zeh (2009) formulieren dies in einer Kritik an der zunehmenden Überwachung im Staat folgendermaßen: „Bedrohung ist subjektiv und damit rela-

tiv. Sie bestimmt sich nicht im Verhältnis zu einem irgendwie messbaren Gefahrenpotenzial, sondern anhand der Risiken, die jeder von uns wahrnimmt.“

Wir leben in einer Risikogesellschaft (Beck 1986), die vielerlei Ängste in vielerlei Hinsicht nach sich zieht. Nicht zufällig hat sich der Begriff der „Prekarisierung“ in der sozialwissenschaftlichen Forschung breit gemacht. Manche Risiken bedrohen die gesamte Bevölkerung, wie dies spätestens durch die nuklearen Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima deutlich geworden sein sollte. Niemand war sicher, niemand ist sicher. Alle – unabhängig davon, ob jung oder alt, ob arm oder reich – sind demselben Risiko ausgesetzt, Opfer zu werden. Dies trifft auf terroristische Aktivitäten gleichermaßen zu wie auf Umweltkatastrophen oder mangelnde technische Sicherheit. Wie wir heutzutage wissen, schützen die peniblen „Flüssigkeitskontrollen“ am Flughafen keineswegs vor Anschlägen, sondern sind – wie mittlerweile auch öffentlich kundgetan wird – lediglich dazu da, den Flugreisenden Sicherheit zu suggerieren, ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln.

Dessen ungeachtet stehen diesen sogenannten sozial entgrenzten Risiken gruppenspezifische gegenüber, die Sicherheit und Lebensqualität maßgeblich beeinflussen. Um nur eines von vielen Beispielen dazu anzuführen: Personen mit einer nicht über die Schulpflicht hinausgehenden Qualifikation sind ungleich häufiger

vom Jobverlust betroffen und überdies deutlich länger arbeitslos als jene mit einem Lehrabschluss oder einem weiterführenden Schulabschluss. Sie sind häufiger in prekären, atypischen Beschäftigungen tätig und tragen zudem ein höheres Mortalitätsrisiko. Nicht zu Unrecht heißt es, AkademikerInnen

leben länger, da eine Universitätsausbildung statistisch mit einer höheren Lebenserwartung einhergeht.

Individuelle Ängste sind aber nicht nur auf reale, globale Gefahren oder sozioökonomische Lebenslagen zurückzuführen. Unsicherheit wird immer auch produziert, Ängste gesellschaftlich konstruiert. Nicht sel-

„In der Kriminologie wird davon ausgegangen, dass sich subjektive Kriminalitätsfurcht kaum durch reale Bedrohungssituationen erklären lässt, sondern auf eine Projektion individueller sozialer und existenzieller Ängste zurückzuführen ist. Und hier kommt der Sozialstaat ins Spiel: (...) Sozialpolitik ist die beste Sicherheitspolitik, da sie helfen kann, soziale Ängste und soziale Ungleichheit zu reduzieren.“

¹ Schriftliche Fassung des gleichnamigen Vortrags, gehalten beim Österreichischen Städtetag, Wels, 06.06.2013

ten werden damit lukrative Geschäfte gemacht, was sich beispielsweise am massiv steigenden Umsatz der sogenannten „Sicherheitsbranche“, etwa am steigenden Absatz von Alarmanlagen oder an der Zunahme von privaten Pensionsversicherungen, belegen lässt. Ungeachtet dessen, dass wir eine rückläufige Gesamtkriminalität in Österreich haben, wird von bestimmten Gruppierungen regelmäßig versucht, „politisches Kapital“ aus gesellschaftlich konstruierten Ängsten, wie z.B. Angst vor Kriminalität, zu schlagen.

In der Kriminologie wird davon ausgegangen, dass sich subjektive Kriminalitätsfurcht kaum durch reale Bedrohungssituationen erklären lässt, sondern auf eine Projektion individueller sozialer und existenzieller Ängste zurückzuführen ist. Und hier kommt der Sozialstaat ins Spiel, und ich komme zum meiner banalen, aber deswegen nicht weniger wahren Grundthese, die da lautet: Sozialpolitik ist die beste Sicherheitspolitik, da sie helfen kann, soziale Ängste und soziale Ungleichheit zu reduzieren.

These 1: Wohlfahrtsstaatliche Politik trägt zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen, zur Absicherung existentieller Risiken und zu einer gerechteren Einkommensverteilung bei und ist daher ein maßgeblicher Beitrag zu Sicherheit und Lebensqualität.

Wohlfahrtsstaatliche Politik zielt auf Chancengleichheit, auf die Sicherung des Lebensstandards im Sinne einer ökonomischen Sicherheit, auf die Verringerung von Ungleichheit, auf die soziale Integration sowie auf den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen im Sozialstaat ab. Der österreichische Sozialstaat zeichnet sich durch ein beachtliches Umverteilungspotential aus. Durch sozialstaatliches Handeln wird Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung reduziert. Sozialstaatliche Leistungen beugen in vielen Fällen der Armutsgefährdung vor. Beispielsweise stammen durchschnittlich 36 Prozent des verfügbaren Einkommens von österreichischen Privathaushalten aus Leistungen der öffentlichen Hand. Die Armutsgefährdung der Bevölkerung würde ohne Sozialleistungen und Pensionen bei 43 statt bei 12 Prozent liegen.

Vergleichende Studien belegen, dass die Angst vor Kriminalität in Ländern mit hoher sozialer Sicherheit signifikant geringer ist als in Staaten mit rudimentären Sozialsystemen. Beispielsweise kommen Hirtenlehner und Hummelsheim, die eine ländervergleichende Studie zum Einfluss nationaler Wohlfahrtspolitiken auf kriminalitätsbezogene Unsicherheitsgefühle vorgelegt haben, zu dem Schluss, dass die Angst vor Kriminalität mit dem Ausmaß an sozialer Sicherheit negativ kor-

reliert, sprich: je niedriger das Sozialleistungsniveau, desto höher die Angst davor, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden. Während beispielsweise der Anteil der Personen mit Kriminalitätsfurcht in Österreich bei 20 Prozent liegt und in den nordeuropäischen Ländern Island, Finnland, Norwegen, Dänemark bei ca. 10 Prozent, liegt dieser Anteil in Ländern mit niedrigeren sozialen Standards, wie Irland, Großbritannien, der Slowakei, Estland und Bulgarien, zwischen 30 und 40 Prozent (Hirtenlehner/Hummelsheim 2011).

These 2: Ökonomische und soziale Ungleichheit führt zu einer Gefährdung des sozialen Zusammenhalts. Diese wirkt sich nachteilig auf die Lebensqualität aller aus.

Nahezu sämtliche Länder der Europäischen Union befinden sich in einer veritablen wirtschaftlichen und sozialen Krise. Ungleichheit ist auch in Europa kein überkommenes Phänomen. Im Gegenteil, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten beträchtlich vergrößert; laut OECD liegt die Einkommens- und Lohnungleichheit auf dem höchsten Niveau seit 30 Jahren. Auch in Österreich lässt sich eine beachtliche Zunahme der Einkommensungleichheit in den letzten 20 Jahren feststellen. Steigende Arbeitslosigkeit und Verfestigung von Armut tragen ihren Anteil zur zunehmenden Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) belegen anhand umfangreicher statistischer Daten, dass Gesellschaften mit hoher sozialer Ungleichheit mit mehr (sozialen) Problemen konfrontiert sind als Gesellschaften, in denen Einkommen gleicher verteilt sind: Beispielsweise ist der Anteil von psychisch kranken Personen in ungleichen Gesellschaften statistisch signifikant höher. Umgekehrt wiederum steigt in Ländern mit einer ausgewogeneren Einkommensverteilung der Anteil jener, die ihren Mitmenschen vertrauen. In den USA, Singapur oder Portugal, Ländern mit einer hohen Einkommensungleichheit, liegt das Vertrauen bei 20 bis 30 Prozent, in den nordeuropäischen Ländern hingegen bei 60 Prozent und mehr. Und Vertrauen hat sehr viel mit dem Gefühl von Sicherheit zu tun ...

These 3: Ein Abbau sozialstaatlicher Leistungen, sprich Leistungskürzungen, führt nicht nur zu einer Kommunalisierung sozialer Probleme, sondern lässt den Sozialstaat zu einem „Polizei- oder Kriminalstaat“ mutieren.

Enger werdende finanzielle Handlungsspielräume führen nicht selten zum Abbau sozialstaatlicher Si-

cherungselemente. Weniger soziale Sicherheit ist nicht nur mit zunehmenden Problemen der Existenzsicherung von ohnehin deprivierten Gruppen verbunden, sondern führt gleichermaßen zu Vertrauensverlust und Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung. Zudem werden soziale Probleme als erstes „vor Ort“ sichtbar. Deren Bearbeitung oder Abfederung führt zu einer zusätzlichen Kommunalisierung sozialer Lasten. Es ist daher der Analyse von Christoph Butterwegge (2007) zu folgen, der schreibt: „Je weniger großzügig die Sozialleistungen einer (reichen) Gesellschaft ausfallen, umso schlagkräftiger muss in der Regel ihr Sicherheits- bzw. Gewaltapparat sein. Anders gesagt: Was die Parlamentsmehrheit den Wohlfahrtssystemen an Ressourcen entzieht, wendet sie später für Maßnahmen gegen Drogenmissbrauch, Kriminalität und Gewalt auf. Justiz, Polizei und (private) Sicherheitsdienste verschlingen jenes Geld, das beim (Um- bzw.) Abbau des Sozialstaates vorgeblich ‚eingespart‘ wird.“

Wenn wir davon ausgehen, dass beispielsweise Freizeitangebote für Jugendliche zu einer Verhinderung oder Verminderung der Jugendkriminalität führen, muss zum einen bei einer Schließung von Jugendclubs bzw. beim Entzug von Subventionen hierfür mit einer Vervielfachung der Kosten durch Gerichte, Strafvollzug etc. gerechnet werden. Zum anderen wäre dies aber auch ein vorgezeichneter Weg, weg vom Sozialstaat hin zu einem disziplinierenden, kon-

trollierenden und repressiven „Kriminalstaat“, dessen zentrale Merkmale „Überwachen und Strafen“ sind.

Sicherheit und Lebensqualität können daher nur durch sozialpolitisches Engagement erreicht werden. Sozialpolitik, die auf Chancengleichheit, Risikoabsicherung und Umverteilung abzielt, ist der maßgebliche Garant für Zufriedenheit und Lebensqualität. Die beste Sicherheitspolitik ist daher eine effiziente und ausgleichende Sozialpolitik.

Christine Stelzer-Orthofer

Literatur

- Butterwegge (2007): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: Butterwegge, Lösch, Ptak: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden
- Beck (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt
- Guger u.a. (2009): Umverteilung im Wohlfahrtsstaat. Wien http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&tid=36801&typeid=8&display_mode=2 oder http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/4/1/CH2247/CMS1229091777409/umverteilung_im_wohlfahrtsstaat.pdf
- Hirtenlehner/Hummelsheim (2011): Schützt soziale Sicherheit vor Kriminalitätsfurcht? In: Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Ausgabe 3/2011
- Trojanow /Zeh (2009): Sicherheit total. Zeit Online: <http://www.zeit.de/2009/33/Sicherheitswahn>
- Wilkinson /Pickett (2010): Gleichheit ist Glück. Frankfurt

Vermögen der reichsten Haushalte größer als bisher bekannt

Das reichste Prozent der privaten Haushalte in Österreich besitzt 37 Prozent des Gesamtvermögens, ergab eine aktuelle Studie von Ökonomen der Universität Linz.

Eine gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführte Erhebung der Österreichischen Nationalbank (OeNB) ermöglichte es einer Gruppe Linzer Ökonomen unter Leitung von Jakob Kapeller und Bernhard Schütz, eine Analyse der

Vermögenssituation der österreichischen Haushalte durchzuführen. Da in diesen Daten besonders reiche Haushalte im obersten Segment der Vermögensverteilung nicht oder nur unzureichend erfasst sind, versuchten die Ökonomen in einer aktuellen Studie (Eckerstorfer et al. 2013), eine entsprechende Korrektur der Daten mittels etablierter statistischer Verfahren durchzuführen. Folgt man diesem Ansatz, so zeigt sich, dass die reichsten Haushalte einen weitaus größeren Teil des Gesamtvermögens halten, als aus der OeNB-Erhebung hervorgeht.

Vermögensdaten und das Problem der Untererfassung

Der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) stellt die erste umfassende Erhebung zu Vermögen privater Haushalte in 15 Ländern der Eurozo-

ne, darunter auch Österreich, dar. Somit ermöglicht der HFCS erstmalig eine Analyse der österreichischen Vermögensbestände sowie der Vermögensverteilung und entsprechende internationale Vergleiche.

Trotz akribischer Erhebung der Daten seitens der OeNB und des IFES besteht jedoch das Problem der fehlenden oder unzureichenden Erfassung der obersten Vermögensbestände, die in den Händen einiger weniger Haushalte konzentriert sind. Auf diesen Aspekt wird auch von der OeNB selbst hingewiesen (siehe dazu Albacete et al., 2012). Aufgrund der extremen Konzentration von Vermögen an der Spitze der Vermögensverteilung geht damit auch eine systematische Unterschätzung des Gesamtvermögens privater Haushalte in Österreich sowie eine Verzerrung der tatsächlichen Vermögensverteilung einher.

Korrektur der Untererfassung von reichen Haushalten

Die einschlägige wissenschaftliche Literatur versucht dabei zumeist unter Rückgriff auf statistische Verteilungsfunktionen – wie etwa die seit knapp 100 Jahren etablierte Pareto-Verteilung – die Vermögensverteilung

zusammenfassend zu beschreiben. Im Rahmen der vorliegenden Studie machten sich Eckerstorfer et al. diesen Ansatz zu Nutze, um auf diese Weise die im HFCS nicht erfasste Gruppe besonders reicher Haushalte abzubilden. Dabei wurde von ihnen unter Zuhilfenahme statistischer Tests postuliert, dass sich der oberste Rand der Vermögensverteilung genauso verhält wie der obere Teil der HFCS-Daten und demzufolge beide durch dieselbe Pareto-Verteilung beschrieben werden können. Damit ließen sich in der Folge die Vermögen besonders reicher Haushalte auf Basis der normalen HFCS-Daten „hochrechnen“.

Aus dem angewendeten Verfahren ergibt sich, dass sich etwa das oberste Fünftel der HFCS-Daten (genauer: die reichsten 22%) durch eine solche Pareto-Verteilung beschreiben lassen. Dies bedeutet, dass letztlich die Verteilungsstruktur des obersten Fünftels der HFCS-Daten für die Hochrechnung der Anzahl bzw. des Vermögens besonders reicher Haushalte (hier: Nettovermögen größer als 4 Millionen Euro) entscheidend ist. Abbildung 1 liefert eine knappe Illustration der hier zugrunde gelegten methodischen Vorgangsweise.

Abbildung 1: Veranschaulichung der Methode zur Datenkorrektur

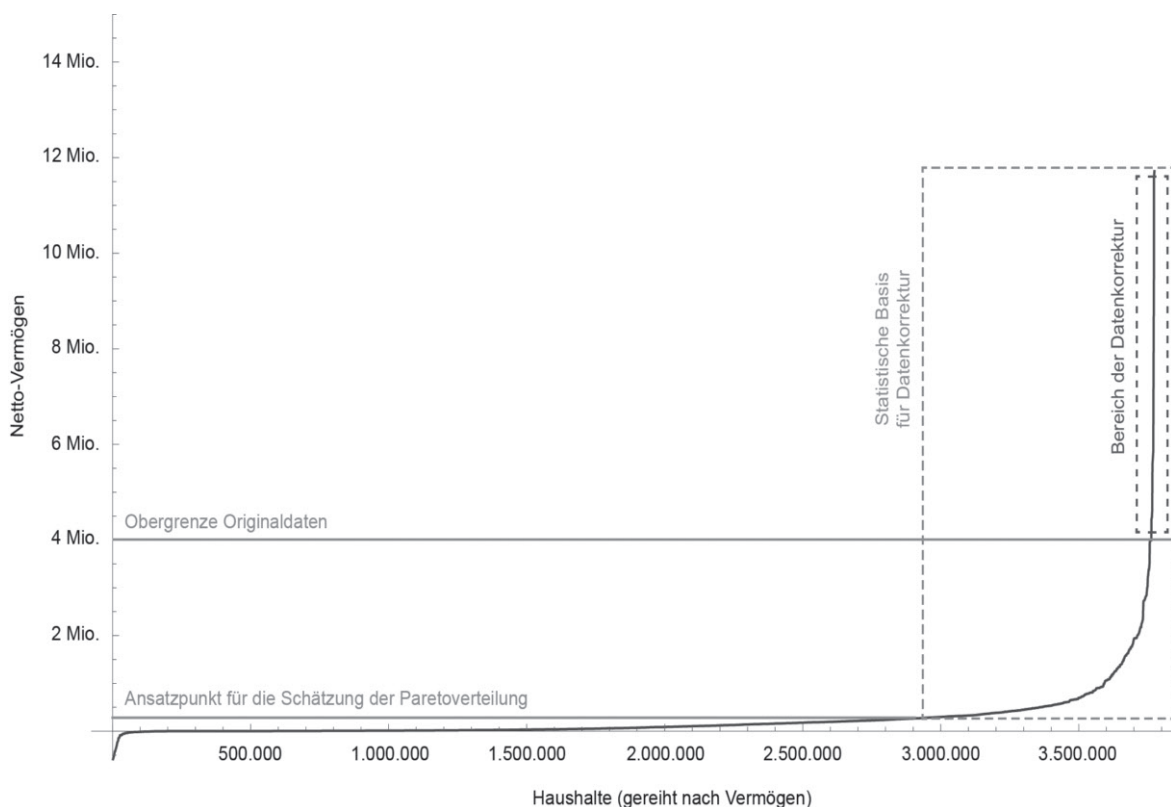
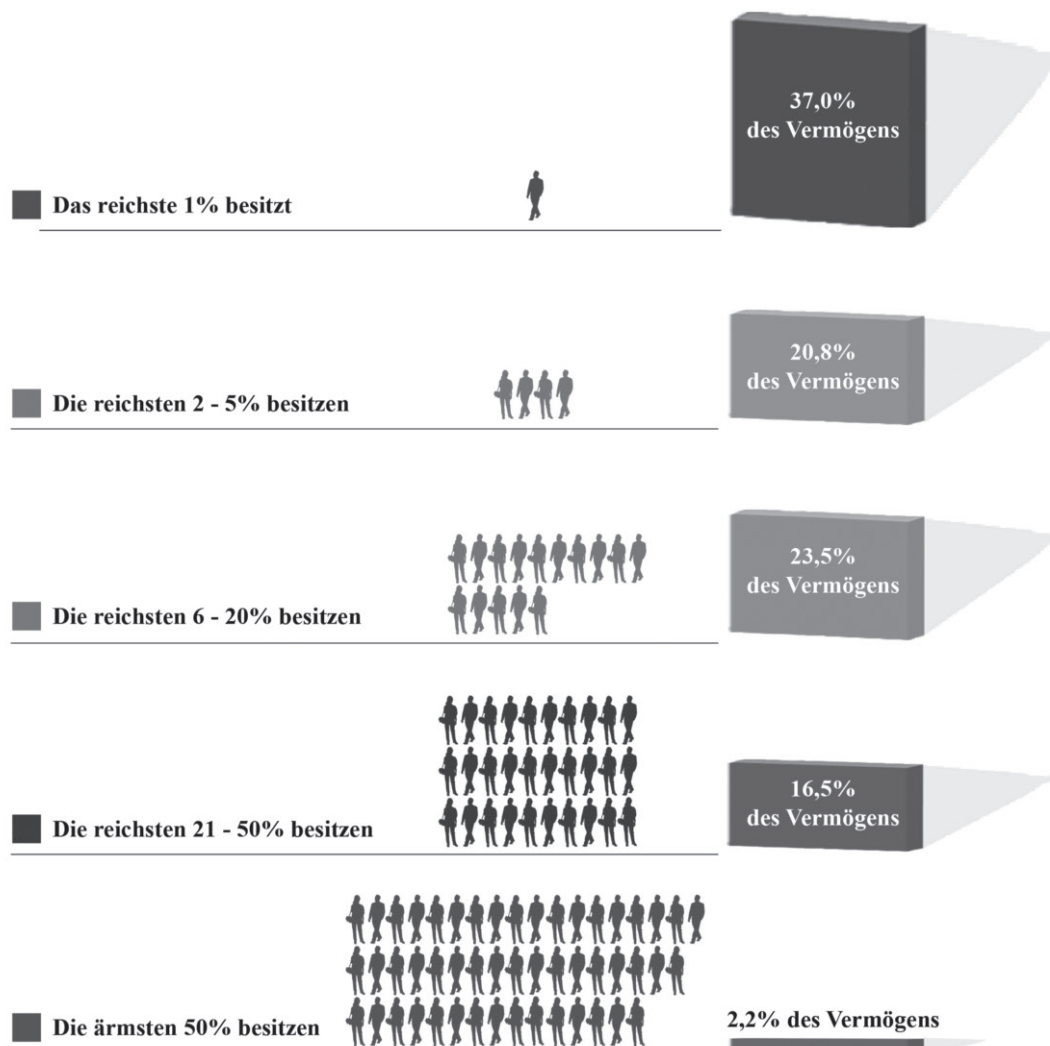


Abbildung 2: Darstellung von relativen Vermögensanteilen mittels der korrigierten HFCS-Daten



Implikationen für die Vermögensverteilung

Eine vergleichsweise geringe Auswirkung dieser Datenkorrektur zeigt sich bei der Verteilung auf die verschiedenen Vermögensklassen, also auf die Verteilung der Bevölkerung in verschiedenen Vermögenskategorien. Dies war auch zu erwarten, da durch die hier vorgenommene Modifikation die Anzahl besonders reicher Haushalte nur in viel geringerem Maße beeinflusst wird als deren Vermögen. So gehört laut den korrigierten Daten ein Haushalt, der mehr als 500.000 Euro Nettovermögen (also Vermögen abzüglich Schulden) besitzt, zu den reichsten 11,47 Prozent der Bevölkerung, während derselbe Wert für die originalen HFCS-Daten nur geringfügig geringer war (11,32%).

Die Auswirkungen der Korrektur sind allerdings bei einer Betrachtung des Gesamtvermögens und dessen Verteilung beträchtlich. So steigt im korrigierten Datensatz das Gesamtvermögen der privaten Haushalte von etwa 1.000 Mrd. Euro auf 1.249 Mrd. Euro an, wobei dieser Anstieg fast zu Gänze auf das reichste Perzentil (d.h. das Top-Prozent der Vermögensverteilung) entfällt. So steigt der Anteil dieses obersten Perzentils am Gesamtvermögen von 22,9 Prozent (bzw. rund 236 Mrd. Euro) auf knapp 37 Prozent (rund 470 Mrd. Euro). Das Vermögen des obersten Perzentils wächst also durch die Korrektur der Daten um 98,6 Prozent - und zwar von durchschnittlich 6,4 Millionen auf 12,7 Millionen Euro Vermögen pro Haushalt.

Daraus folgt für die Vermögensverteilung in Österreich, dass die reichsten 10 Prozent der Haushalte nicht 61 Prozent (HFCS-Originaldaten), sondern 69 Prozent des Vermögens besitzen (korrigierte Daten). Die reichsten 5 Prozent besitzen demnach 57,8 Prozent (HFCS: 47,6%) und das reichste Prozent der Haushalte 37 Prozent (HFCS: 22,9%) des Vermögens. Demgegenüber steht ein Anteil der ärmsten 50 Prozent der Haushalte von 2,2 Prozent (HFCS: 2,8%).

Zunehmende Vermögenskonzentration kann die gesellschaftliche Stabilität aus sozialer wie ökonomischer Perspektive untergraben (siehe hierzu Stiglitz, 2012; Wilkinson/Pickett, 2007). In diesem Sinne ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit privaten Vermögen und deren Konzentration von hoher gesellschaftlicher und ökonomischer Bedeutung. Die

korrigierten Erhebungsdaten liefern eine solide Ausgangsbasis für eine solche Analyse der Vermögenskonzentration, so die Linzer Forscher.

Quellen: Bernhard Schütz: Unterschätzung der Vermögensungleichheit durch Untererfassung der reichsten Haushalte, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>, 05.08.2013; AKOÖ-Mediendienst Nr. 10332, 05.08.2013

Literaturhinweis: Eckerstorfer, P./Halak, J./Kapeller, J./Schütz, B./Springholz, F./Wildauer, R. (2013): Vermögen in Österreich. Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel“. Die Studie steht als Download unter www.arbeiterkammer.at zur Verfügung.

Die Gerechten – Ausstellung im Museum Arbeitswelt Steyr

Widerstehen, helfen, hinnehmen oder mitmachen? Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen für Zivilcourage im Nationalsozialismus fungieren als Dreh- und Angelpunkt der Ausstellung „Die Gerechten“, die während der Herbstmonate im Museum Arbeitswelt zu sehen ist. Mit ihrem Blick auf konkrete Alltagssituationen und Handlungsspielräume verbindet die von Michael John (Universität Linz) und Albert Lichtblau (Universität Salzburg) kuratierte Sonderschau neue Zugänge zur NS-Zeit in Österreich mit dem Nachdenken über unser heutiges Zusammenleben.

Im Zentrum der Ausstellung stehen die außergewöhnlichen Leistungen jener Menschen, die Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit das Leben retteten und dafür mit dem israelischen Ehrentitel „Gerechte/r unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden. Neben bekannten internationalen „Gerechten“ wie Oskar Schindler liegt dabei ein besonderes Augenmerk auf den knapp 100 österreichischen „Gerechten“, die allesamt ihr Leben aufs Spiel setzten, um Juden zu helfen, die deportiert werden sollten, auf „Todesmärsche“ geschickt wurden oder Häftlinge in Konzentrationslagern waren. Ihre eindrucksvollen Geschichten zeugen von Menschlichkeit und Courage unter widrigsten

Umständen, erzählen aber auch von Lebensgefahr, Angst und vielerlei Entbehrungen. Im Rahmen der Schau werden die mutigen und zum Teil abenteuerlichen Rettungsaktionen der österreichischen „Gerechten“ nun erstmals in diesem Umfang einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert.

Den Weg in die Ausstellung weist ein dunkler Gang, der in Wechselwirkung mit einem „Spalier der Täter“ sinnbildlich für jene gefährlichen Umstände steht, unter denen die „Gerechten“ agiert haben. Den Verhaltensmustern der Mehrheitsgesellschaft wird im Zuge des Rundgangs exemplarisch das Handeln der Retter/innen entgegengesetzt. Eine als „offenes Buch“ gestaltete Videoinstallation gibt Einblick in die Lebensgeschichten sämtlicher österreichischer „Gerechter“. Das Schlusskapitel der als Erzählung konzipierten Ausstellung öffnet dann den Blick auf darüber hinausgehende Beispiele für Zivilcourage in Vergangenheit und Gegenwart.

Die Gerechten: Courage ist eine Frage der Entscheidung

*Sonderausstellung im Museum Arbeitswelt Steyr
Laufzeit bis 22. Dezember 2013*

Öffentliche Führungen: Sa 23.11.2013;

Sa 21.12.2013, jeweils um 11.00 Uhr

Anmeldung: paed@museum-steyr.at

Biografische Skizzen von Opfern des NS-Regimes

In den Jahren 1940 bis 1944 wurden in der NS-Euthanasieanstalt Hartheim rund 30.000 Menschen als „lebensunwertes Leben“ ermordet. Aus dieser Fülle von Einzelschicksalen werden in diesem Band 26 Biografien näher vorgestellt. An ihnen wird die Heterogenität und Individualität der Opfer deutlich: Es handelt sich um Frauen und Männer verschiedenen Alters, mit unterschiedlicher sozialer Herkunft und Nationalität – sie kamen aus verschiedenen Regionen Österreichs, aus Frankreich, Polen, der Sowjetunion, den Niederlanden, Deutschland und Italien. Es waren Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen oder Häftlinge von Konzentrationslagern.

Nicht alle Biografien konnten vollständig rekonstruiert werden. Jahrzehntelanges Schweigen und Verdrängen in Familie und Gesellschaft sowie fehlende Aufzeichnungen hinterließen Lücken. Umso wichtiger erscheint es, die erhalten gebliebenen Spuren aufzuzeigen und dazu beizutragen, diese Menschen aus der Anonymität heraus dem vollständigen Vergessen zu entreißen.

Als AutorInnen treten in diesem Band neben HistorikerInnen auch Angehörige der ermordeten Menschen auf. Der wissenschaftlichen Betrachtung wird dadurch ein zusätzlicher Aspekt der persönlichen Erinnerung und Reflexion, nicht zuletzt zum familiären und gesellschaftlichen Umgang mit den ermordeten Menschen nach 1945, hinzugefügt.

Der Sammelband versteht sich als ein biografisches Lesebuch in Erinnerung an die ermordeten Menschen. Er ist somit ein wichtiger Beitrag zum stetigen Prozess der Erinnerung und des Gedenkens am Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim bei Alkoven in Oberösterreich. HerausgeberInnen des Bandes sind der Historiker Florian Schwanninger und die Leiterin des Lern- und Gedenkorts Schloss Hartheim, Irene Zauner-Leitner.

Florian Schwanninger, Irene Zauner-Leitner (Hg.): Lebensspuren. Biografische Skizzen von Opfern der NS-Tötungsanstalt Hartheim Studien Verlag, Innsbruck 2013 232 Seiten, EUR 19,90

Arbeitskämpfe in China

Im Frühjahr 2010 rollte eine Streikwelle durch die Automobilindustrie Chinas, bei der die beteiligten ArbeiterInnen deutliche Lohnerhöhungen erringen

konnten. Im Herbst 2012 sah sich auch der Elektronikhersteller und Apple-Zulieferer Foxconn mit Unruhen und Streiks der wütenden Beschäftigten konfrontiert. Beide Fälle schafften es weltweit in die Schlagzeilen – tatsächlich stellen sie nur die Spitze des Eisbergs der jüngsten Klassenkonflikte in China dar.

Die Ende der 1970er-Jahre eingeleitete ökonomische Transformation Chinas ist durch tiefgreifende Umwälzungen der Produktions- und Arbeitsverhältnisse und durch eine deutliche Zunahme von Arbeitskämpfen gekennzeichnet. Ende der 1990er-Jahre waren es insbesondere ArbeiterInnen in ehemaligen Staatsbetrieben, die sich gegen die Privatisierungen zur Wehr setzten. Seither kämpfen vor allem junge WanderarbeiterInnen gegen die Ausbeutung und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mit Beginn der Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Arbeitskonflikte in den Weltmarktfabriken Chinas weiter an – und immer häufiger haben die ArbeiterInnen Erfolg mit ihren Protesten.

Der vorliegende Band versammelt Beiträge internationaler ChinaforscherInnen und AktivistInnen, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln und auf Basis jüngster Forschungsergebnisse die Hintergründe, Charakteristika und Auswirkungen von Arbeitskämpfen in China beleuchten. Wie haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen von LohnarbeiterInnen im Zuge von Chinas Reformprozess verändert? Worin liegen die Gründe für die Zunahme von Arbeitskämpfen? Wie reagiert der chinesische Staat auf die Klassenkonflikte? Welche Rolle spielt die chinesische Staatsgewerkschaft und wie sind deren Reformen einzuschätzen? Und über welche Möglichkeiten für eine Unterstützung chinesischer ArbeiterInnen verfügen NGOs und KonsumentInnen weltweit? Hierzu werden Initiativen aus Hongkong, Deutschland und Österreich näher beleuchtet.

Der Sammelband „Arbeitskämpfe in China“ bietet sowohl grundlegendes Informationsmaterial als auch kritische Einschätzungen zu den sozialen Konflikten an der „Werkbank der Welt“. HerausgeberInnen sind der Obmann der Grünen Bildungswerkstatt Wien, Georg Egger, die Sinologen Daniel Fuchs und Thomas Immervoll sowie Lydia Steinmassl, die Internationale Entwicklung an den Universitäten Wien und Uppsala studierte.

Georg Egger, Daniel Fuchs, Thomas Immervoll, Lydia Steinmassl (Hg.): Arbeitskämpfe in China Berichte von der Werkbank der Welt Promedia Verlag, Wien 2013 280 Seiten, EUR 19,90

Schlechtes Zeugnis für die Schule

Ideologische Positionen würden notwendige Veränderungen im Schulsystem blockieren, meinte Bernd Schilcher bei der Vorstellung seines Buches „Bildung nervt!“ in der Grazer Arbeiterkammer. „Seit 1774 haben wir einen frontalen Einheitsunterricht“, kritisierte der Jurist und Universitätsprofessor, Ex-Präsident des steirischen Landesschulrates und Mitinitiator des Bildungsvolksbegehrens, an einer Schule, die Mittelmäßigkeit honoriere, statt die Stärken der SchülerInnen zu pflegen. Schilcher prangert in seiner Publikation insbesondere die „Fehlerkultur“ an, die sich nur auf die Schwächen der Kinder konzentriert.

Vehement ist sein Eintreten für eine ganztägige gemeinsame Schule der 10- bis 15-Jährigen: „80 Prozent der europäischen Länder haben Ganztagschulen.“ Eine Ganztagsbetreuung allein hat seines Erachtens jedoch „pädagogisch null Sinn“, wenn das Wichtige in den Vormittag gepresst und am Nachmittag nur „Freizeitpädagogik“ betrieben wird.

Schilchers Plädoyer für eine gemeinsame Schule entspringt dem Slogan der „Bildungsgerechtigkeit“: „Wir haben jeden Grund, unsere Bildung tiefgreifend zu verändern“, wenn man das Potenzial der bildungsfernen Schichten heben will. Denn das Schulsystem in Deutschland und Österreich dient laut Schilcher vor allem dazu, die Klassen und Stände der Gesellschaft voneinander abzuschotten.

Eine akute Baustelle sei die „föderalistisch zersplitterte Frühförderung“, da jedes Bundesland etwas anderes mache. „Für die Ein- bis Dreijährigen haben wir viel zu wenig Angebot“. Generell sieht der Ex-Politiker in der Parteipolitik den größten Hemmschuh. „Wir sind das einzige Land der Welt, das per Verfassung eine parteipolitische Besetzung des Landesschulratskollegiums festlegt.“ Österreich leidet seines Erachtens an einer „strukturellen Feigheit“ („Was die Länder sagen, ist Dogma – daher geht nichts weiter“) und dem Fehlen einer Schulautonomie.

Bernd Schilcher: Bildung nervt!

Warum unsere Kinder den Politikern egal sind

Ueberreuter Verlag, Wien 2012

206 Seiten, EUR 19,95

„Freiwilligenarbeit“ im Wandel

In diesem Buch, durch das die Forschung von Gisela Notz zum Thema „Ehrenamt“ aktualisiert wird, geht es darum, aufzuzeigen, wie sich die Bedeutung der „freiwilligen“ Arbeiten, die Merkmale der sogenannten traditionellen „ehrenamtlichen Arbeit“ aufwei-

sen, das heißt etwas für andere tun, etwas an andere abgeben, im Laufe der Geschichte wandelt. Nachgezeichnet wird die historische Entwicklung der „freiwilligen“ Arbeit von Beginn der Industrialisierung bis zur Krise des Sozialstaates und zur aktuellen sozialpolitischen Situation.

Schwerpunkte bilden die Armenfürsorge, die Gründung der Wohlfahrtsverbände, die Entstehung des Sozialstaates sowie die Ausweitung und Propagierung der Gratisarbeit vor und während der beiden Weltkriege bis hin zum Pflichtdienst unter dem NS-Regime. Erinnert wird auch an die vielen (vor allem) Frauen, die am Aufbau der demokratischen Bundesrepublik Deutschland über parteiliche und ideologische Grenzen hinweg hoffnungsfroh „freiwillig“ arbeiteten.

Das Buch ist insofern nicht nur ein historisches Buch, sondern auch ein Frauenbuch und ein Buch zur Zukunft der Arbeit. Denn der überwiegende Teil der im Erziehungs-, Sozial-, Gesundheits- und Altenbereich unmittelbar mit den Sorge- und pflegebedürftigen Menschen Arbeitenden sind noch immer Frauen. Der Bereich der Altenpflege ist fast zur Gänze Frauensache. Auf diese Arbeitsbereiche ist der Scheinwerfer der öffentlichen Aufmerksamkeit gerichtet. Hier herrscht akuter Personalmangel, meist verursacht, weil Staat, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Unternehmen sich weigern, die dort anfallenden Arbeiten nach tarifvertraglichen Regeln zu bezahlen. Das gilt auch für einige andere Bereiche, wie zum Beispiel die „freiwillige Arbeit“, die innerhalb der Soziokultur und in den letzten Jahren auch für die traditionellen Kultursparten zu einem Thema geworden ist, sowie für „neue Betätigungsfelder“ wie Sozialkaufhäuser, Kleiderkammern und Tafeln mit Lebensmittelspenden für die Armen und Notleidenden.

Ohne „Freiwilligenarbeit“ würden schon heute das System der sozialen Dienste und der gesundheitlichen Versorgung, auch der Umweltschutz und ein großer Teil der Kulturarbeit zusammenbrechen. Damit blieben viele, die Hilfe und Unterstützung brauchen, unversorgt und Kultur würde wieder zum teuren Gut werden, das sich nur wenige leisten können. „Zeit das Richtige zu tun“, ist ein neuer Werbeslogan. Was aber ist das Richtige? Auch dieser Frage wird in dem Buch nachgegangen.

Gisela Notz: „Freiwilligendienste“ für alle

Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit

AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2012

120 Seiten, EUR 10,30

Altern ist Zukunft

In unserer Gesellschaft steigt die Zahl älterer Menschen, was nicht nur die Arbeitswelt vor neue Herausforderungen stellt. Beim diesjährigen DASA-Symposium aus der Reihe „Constructing the future of work“ diskutieren neun WissenschaftlerInnen unter dem Schlagwort „Altern ist Zukunft“ mit ihrem Publikum sowie mit JournalistInnen neue Erkenntnisse über Leben und Arbeiten in einer alternden Gesellschaft.

Termin: 7. – 8. November 2013
Ort: DASA Arbeitswelt Ausstellung, Friedrich-Henkel-Weg 1-25, D-44149 Dortmund
Information: www.dasa-dortmund.de/symposium

Aktivierung im Gemeinwesen

In einem offenen Prozess, der durch Fallbeispiele und Theorieinputs unterstützt wird, widmet sich die diesjährige Tagung „Gemeinwesenarbeit – community development“ dem Thema „Aktivierung“. Was gibt den Anstoß für Aktivitäten im Gemeinwesen? Von welcher Energie werden diese getragen? Dabei geht es den Veranstaltern vor allem darum, nach neuen Lösungen, getragen von allen Beteiligten, zu suchen.

Termin: 7. November 2013, 14.00 Uhr - 9. November 2013, 18.00 Uhr
Ort: bifeb, Bürglstein 1-7, 5360 St. Wolfgang
Information: www.bifeb.at/index.php?id=738; karin.buchinger@bifeb.at

Sucht – die vielen Gesichter der Abhängigkeit

Viele Menschen zeigen Verhaltensweisen, die oft schleichend und lange unbemerkt in Missbrauch und Sucht übergehen. Persönliches Leid, Auswirkungen auf den ganzen Lebensbereich und die Familien sind häufig Folgen, die unter Umständen zu existenziellen Krisen sowohl in psychischer wie auch in materieller Hinsicht führen können. Diese Aspekte von Sucht werden beim 48. Linzer Psychiatrischen Samstag beleuchtet.

Termin: 9. November 2013, 9.00 – 13.00 Uhr
Ort: JKU Linz, Raiffeisensaal
Information: office@promenteoee.at

Nacht der Vielfalt

Beim Volkshilfe-Integrationsball wird dieses Mal geboten: Sechs Bands auf zwei Bühnen, Disco, internationales Buffet, rund 2.000 Gäste aus gut 20 Nationen und vieles mehr.

Termin und Ort: 9. November 2013, Design Center Linz, Europaplatz
Kartenvorverkauf: tickets@nachtdervielfalt.at, Tel. 0732 3405

Die Europäische Union und das Versprechen der Demokratie

Nationalistische und populistische Tendenzen zeigen das Ausmaß einer starken kollektiven Unsicherheit innerhalb der europäischen Gesellschaften. Europas anhaltende Wirtschaftskrise hat eine Vertrauenskrise in die europäische Idee und eine Debatte über die Vor- und Nachteile der europäischen Integration ausgelöst. Bei der in englischer Sprache abgehaltenen Konferenz wird über den möglichen Beitrag von Bildung und der Zivilgesellschaft zur Bewältigung dieser anstehenden Herausforderungen diskutiert.

Termin: 14. November 2013, 15.00 Uhr – 16. November 2013, 13.00 Uhr
Ort: Oude Tweede Kamerzaal, Binnenhof 1A, und ProDemos – House for Democracy and the Rule of Laws, Hofweg 1-H, 2511 AA, Den Haag (Niederlande)
Anmeldung: nece-thehague2013@lab-concepts.de

Perspektiven und Wandel von Gesundheitsberufen

Die Veränderungen der Gesundheitsberufe, ihre aktuell wachsende Professionalisierung und Akademisierung stellt die stationäre und ambulante Versorgung vor neue Herausforderungen, insbesondere für die Beschäftigten. Die Diskrepanzen und Umbrüche innerhalb der Gesundheitsberufe sind zentrale Diskussionspunkte, die im Symposium durch Expertenvorträge, Forenreferate und einen intensiven Austausch unter den TeilnehmerInnen beleuchtet werden sollen.

Termin und Ort: 15. November 2013; Swisshotel Bremen
Information: www.apollon-hochschule.de/symposium

Bildung – Beschäftigung – Armutsbekämpfung

"Wachstum und Beschäftigung in Europa" ist das Thema der ersten Podiumsdiskussion der diesjährigen ESF-Jahrestagung, die mit einem Referat des Politikwissenschaftlers Emmerich Tálos eingeleitet wird. Bibiana Klingeisen informiert zum Thema „Die Zukunft des ESF 2014 - 2020“. Im Anschluss stellen sich ExpertInnen aus den zuständigen Ministerien und dem AMS den Publikumsfragen zur nächsten ESF-Periode.

Termin: 19. November 2013, 10.00 – 15.00 Uhr
Ort: Tech Gate Vienna, 1220 Wien
Anmeldung: www.esf.at/events/

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung

Das Österreichische Komitee für Soziale Arbeit (ÖKSA) setzt sich in seiner heurigen Jahreskonferenz mit den Arten von Vertretungsbefugnissen für verschiedene Personengruppen auseinander. Erste Erfahrungen mit der Umsetzung des vom Justizministerium zu Jahresbeginn angekündigten Pilotprojekts zur unterstützten Entscheidungsfindung werden präsentiert, weiters wird ein Überblick über das österreichische Vertretungsrecht gegeben.

Termin: 21. November 2013, 9.00 - 16.00 Uhr
Ort: Landhaus Bregenz, Römerstraße 15, 6901 Bregenz
Information, Anmeldung: www.oeksa.at, office@oeksa.at

Case Management – Organisation und Entwicklung

Case Management hat Konjunktur. In verschiedenen Praxisfeldern werden unter diesem Titel neue Angebote und Organisationsformen erprobt. Im Rahmen der Fachtagung werden verschiedene Konzepte von Case Management und ihre Realisierungsprobleme vorgestellt und diskutiert. Die entsprechenden Erfahrungen bei der Implementierung der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind ebenso ein Thema wie jene bei der Reform der Kinder- und Jugendhilfe.

Termin und Ort: 22. November 2013; FH St. Pölten
Information, Anmeldung: oegcc@oegkk.at, Tel. 05 7807 102300

Gesundheitsfolgenabschätzung

Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA) ist ein Instrument zur systematischen Analyse und Bewertung geplanter politischer Vorhaben und ihrer möglichen positiven wie negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Ziel der Fachtagung ist es, den intersektoralen Nutzen von GFA in der Fachöffentlichkeit stärker aufzuzeigen. Zudem wird der vom Institut für Gesundheitsplanung mitentwickelte Österreichische Leitfaden für GFA präsentiert.

Termin und Ort: 2. Dezember 2013, 9.00 – 16.30 Uhr; Redoutensäle Linz
Anmeldung, Programm: <http://gfa.goeg.at/>

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:

Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel. 0732 2468 7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Carmen Schacherreiter, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: carmen.schacherreiter@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine

Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,

Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela

Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP

Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70; StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30; Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70
Alle Preise inklusive Versand.
Gratis Probeabo für drei Monate
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453

BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453

